

kontraste

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik



ALT SEIN

SPEKTRUM

BUCHTIPPS

VERANSTALTUNGEN

1 | Jänner 2008

Alt sein	
Alt sein 2030 in Österreich	4
Gegenwart und Zukunft des Generationenverhältnisses in Österreich	5
Bevölkerungswachstum wird von Alterung begleitet	7
Im Alter zu Hause - aber wie?	8
Innovative Wohnformen im Alter	12
Der Preis des Alters	14
Seniorengeundheit in Oberösterreich	16
Spektrum	
Novellierung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes	18
WIFO prognostiziert Konjunkturabschwächung	20
Mitbestimmung und Gewalt an Schulen	22
Initiative für kritischen Diskurs in der Sozialpolitik	26
Hilfe für wohnungslose Frauen	28
Buchtipps	34
Veranstaltungen	35

Liebe Leserin, lieber Leser!

Hinsichtlich der gesellschaftlichen Wahrnehmung vom Alter ergibt sich ein widersprüchliches Bild: Auf der einen Seite genießt Alter grundsätzlich hohe Wertschätzung und älteren MitbürgerInnen werden nicht selten aufgrund ihrer Verdienste Ehrungen und Anerkennung zuteil. Auf der anderen Seite wird Alter vor allem mit gesundheitlichen Problemen und Gebrechen in Zusammenhang gesehen und es werden die daraus resultierenden finanziellen Aufwände für die Gesellschaft in den Vordergrund gerückt (vgl. Beitrag Scholta). Insbesondere in der veröffentlichten Meinung überwiegen negative Bilder, konstatiert der Wiener Soziologe Gerhard Majce. Finanzierungsprobleme bei Pensionen, im Gesundheitswesen und im Pflegebereich dominieren die Berichterstattung.

Auch wenn diese Probleme keinesfalls negiert werden sollen – in seinem nachstehend abgedruckten Vortrag bei der ÖKSA-Jahrestagung 2007 warnte Hanns-Stephan Haas, Alter ausschließlich unter dem Aspekt der Pflege und der Gesundheitserhaltung zu sehen. Denn Alter sei in erster Linie Normalität: "Es ist eben nicht nur normal, verschieden zu sein, es ist auch normal, verschieden alt zu sein. Mehr noch: Es ist notwendig, verschieden alt zu sein", so Haas. Sofern es sich um die eigenen Angehörigen handelt, dürfte dies in der Bevölkerung auch durchaus so wahrgenommen werden. Folgt man den Ergebnissen der von Gerhard Majce gleichfalls bei der ÖKSA-Tagung zitierten Generationensurveys 1998 und 2005, ist die Solidarität zwischen den Generationen hierzulande zumindest

im Nahebereich von Familie und Verwandtschaft noch weitgehend ungebrochen. Kaum jemand der Befragten gab an, im Notfall völlig allein gelassen worden zu sein.

Ob sich dieses relativ ungetrübte Verhältnis zwischen den Generationen auch in Zukunft so gestalten wird, ist indes fraglich. Probleme dürften sich allein schon aufgrund der prognostizierten demografischen Entwicklung ergeben: Denn während die Zahl der Älteren steigt, reduziert sich die Zahl der Jüngeren. Dadurch sinken zum einen die verfügbaren Betreuungskapazitäten, zum anderen spannt sich – ceteris paribus – die finanzielle Situation in den sozialen Sicherungssystemen weiter an. Majce befürchtet zudem, dass narzisstisch sozialisierte Jüngere den Generationenvertrag in Frage stellen und insofern auf massive Einsparungen bei Versorgungsleistungen für Ältere pochen könnten. Einsparen kann man, etwa bei Altenheimen, am meisten über Personalreduktionen. Die Folge wären dann jedoch, warnt Margit Scholta von Pro Senectute Österreich, massive Einbußen bei der Qualität der Betreuung. Will man dieser Gefahr entgegenwirken, so braucht man allerdings nicht einmal an den Altruismus der BefürworterInnen dahingehender "Reformen" zu appellieren. Es müsste schon genügen, sie daran zu erinnern, dass sie selbst in der Regel auch einmal alt und damit gegebenenfalls auf die Hilfe und Unterstützung durch andere angewiesen sein werden, meint

Ihre
Kontraste-Redaktion

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Grundlegende Richtung:

Als Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik berichten die KONTRASTE über aktuelle sozialpolitische Entwicklungen sowie über relevante sozialwissenschaftliche Erkenntnisse, sowohl in Österreich als auch international. Zudem dienen die KONTRASTE als Kommunikationsplattform für an Sozialpolitik Interessierte.

Medieninhaber, Herausgeber, Verleger:

Der Verein "Sozialwissenschaftliche Vereinigung", mit Unterstützung der Universität Linz, Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik.
Die Sozialwissenschaftliche Vereinigung hat ihren Sitz in Linz (Adresse: Altenbergerstr. 69, 4040 Linz). Zweck des

Vereines ist die Förderung der Sozialwissenschaften. Dazu gehören die Veranstaltung von Tagungen und Symposien, das Verlegen und Verbreiten von Druckschriften, die praxisrelevante Vermittlung von sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen, die Förderung der Zusammenarbeit von Theoretikern und Praktikern sowie die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Der Verein ist unabhängig und parteipolitisch nicht gebunden. Er arbeitet auf gemeinnütziger Basis.

Vereinsvorstand: Dr. Christine Stelzer-Orthofer (Vorsitzende), Univ.Prof. Dr. Johann Bacher (Vorsitzender-Stellv.), Univ.Prof. Dr. Josef Weidenholzer (Vorsitzender-Stellv.), Irene Auinger (Kassierin), Dr. Johanna Klammer (Kassierin-Stellv.), Mag. Angela Wegscheider (Schriftführerin), Manfred Lipp (Schriftführer-Stellv.).

Alt sein 2030 in Österreich

Wege zu einem kreativen, selbst bestimmten und sinnerfüllten Leben

Der Anteil der über 60-Jährigen wird von heute 22 auf 30,6 Prozent im Jahr 2030 und jener der Hochaltrigen (80 Jahre und mehr) wird in diesem Zeitraum von derzeit 4,4 auf 7 Prozent ansteigen. Gleichzeitig wird die Altersgruppe der unter 14-Jährigen von derzeit 16 auf 14,2 Prozent, die der 15–59-Jährigen von derzeit 62 auf 55,2 Prozent sinken. Die Lebenserwartung für Frauen wird von derzeit 82,7 Jahren auf 86,4 Jahre und diejenige für Männer wird von derzeit 77,1 Jahren auf 81,3 Jahre ansteigen.

Die Weichenstellungen in der heutigen Seniorenpolitik sind entscheidend für die zukünftigen Seniorengenerationen und deren soziale Sicherheit: Zentrale Themen sind in diesem Zusammenhang die Pensions-sicherung, Pflege und Betreuung, die Partizipationsmöglichkeiten der älteren Menschen am politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben, aktives Altern sowie die Förderung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Eine der politischen Schlüsselfragen unserer Zeit ist, sowohl den alten Menschen von heute als auch jenen von morgen soziale Sicherheit und ein selbstbestimmtes Leben im Alter gewährleisten zu können. In beiden Bereichen ist Österreich ein Erfolgsbeispiel. So ist auch das Pensionssystem ein lebendiges System, das sich immer wieder an geänderte Rahmenbedingungen (Demografie, Einkommensverteilung, Arbeitsmarkt, ...) anpassen muss.

Finanzielle Absicherung im Alter

Im Kapitel „Pensionen“ hat das Regierungsprogramm u.a. eine Verlängerung des abschlagsfreien Pensionseintritts mit 55/60 Jahren bei der Langzeitversichertenregelung bis 2010 vorgesehen. Darüber hinaus soll der bisherige „doppelte Abschlag“ bei der Inanspruchnahme der Korridorpension im Übergangsrecht gemildert und bezüglich der für das Pensionskonto relevanten Kindererziehungszeiten zukünftig von einer wertgesicherten Beitragsgrundlage ausgegangen werden. Das bedeutet, dass eine jährliche Anpassung der Beitragsgrundlage für die Kindererziehung stattfinden soll.

Diese im Regierungsprogramm vorgesehenen Verbesserungen und die bereits erwähnte Übernahme der Dienstnehmer-Beiträge von pflegenden Angehörigen

durch den Bund wurde mit der 67. ASVG-Novelle bereits umgesetzt. Darüber hinaus wurde im Zusammenhang mit der Neubewertung der Kindererziehungszeiten geringfügig beschäftigten kindererziehenden Personen die Möglichkeit zur Selbstversicherung in der Kranken- und Pensionsversicherung eingeräumt. Damit wurde im Bereich Pensionen ein großer Teil der im Regierungsprogramm vorgesehenen Punkte bereits realisiert. In der derzeit in Begutachtung befindlichen 68. ASVG-Novelle wird nunmehr darauf abgezielt, die Langzeitversichertenregelung in das Dauerrecht zu übernehmen und den Katalog der im Rahmen der Langzeitversichertenregelung als Beitragszeiten zu wertenden Ersatzmonate um Zeiten des Bezuges von Krankengeld sowie um die so genannten Ausübungersatzzeiten zu erweitern. Außerdem ist es Ziel des Bundesministers, die Schwerarbeitsverordnung um Nacht- und Akkordarbeit zu erweitern, weshalb sich eine diesbezügliche Novelle derzeit in Begutachtung befindet.

Zum Thema Invalidität, Berufsunfähigkeit, Erwerbsunfähigkeit sowie zum Thema „Vereinfachung der Pensionsberechnung“ existieren derzeit Arbeitsgruppen, die an Lösungsvorschlägen arbeiten. Ziel ist eine Neuordnung des Invaliditätspensionsrechts sowie eine einfachere und transparentere Form der Berechnung der Pensionen.

Unterstützung und Hilfe bei gesundheitlicher Beeinträchtigung

Die Zunahme des Anteils älterer Menschen führt aber zu einer kontinuierlichen Steigerung der Anspruchsberechtigten für eine Pflegegeldleistung. Im Juli 2007



Sozialminister Erwin Buchinger bei der seinem Impulsreferat zur ÖKSA-Jahrestagung 2007. Foto: ÖKSA

haben rund 334.000 Personen ein Pflegegeld nach dem Bundespflegegeldgesetz bezogen. Dazu kommen rund 58.000 Personen, die ein Landespflegegeld erhalten.

Um das hohe Niveau der österreichischen Pflegevorsorge weiterhin zu gewährleisten, ist es erforderlich, auch in Zukunft Maßnahmen zur Entlastung der häuslichen Pflegesituation, vor allem der pflegenden Angehörigen, zu setzen. Beispielsweise hat das Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz (BMSK) die pensionsrechtliche Absicherung von pflegenden Angehörigen mit 1. Juli 2007 weiter verbessert. Daneben braucht es aber auch vielfältige Entlastungsangebote, um die enormen psychischen und physischen Belastungen zu bewältigen, vor allem zur Unterstützung pflegebedürftiger Menschen mit demenziellen Erkrankungen und deren pflegender Angehörige. Das BMSK bietet bereits jetzt durch verschiedene Projekte gezielt Hilfe an. Konkrete Auskünfte dazu gibt es am *Pflegetelefon (0800/201622)*

wie auch vor Ort beim Bundessozialamt. Aber auch neue Projekte entstehen: So werden beispielsweise mit Beginn 2008 multiprofessionelle Teams, also Experten im Bereich Pflege und Betreuung, vor Ort Unterstützung von demenziellen Menschen anbieten.

Am erklärten Ziel der Bundesregierung, nämlich an der Weiterentwicklung der Pflegevorsorge (beispielsweise Kurzzeitpflege, Betreuung am Wochenende und während der Nacht; zukünftige Finanzierungsszenarien), arbeitet unter Einbeziehung von Experten und Expertinnen eine breit angelegte Arbeitsgruppe im Sozialministerium. Erste Ergebnisse werden im Frühjahr 2008 vorliegen.

Erwin Buchinger

Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz

Quelle: Abstract für die ÖKSA-Jahrestagung 2007 „Alt sein 2030 in Österreich“, Villach, 24./25. Oktober 2007

Gegenwart und Zukunft des Generationsverhältnisses in Österreich

Der Wiener Soziologe Gerhard Majce berichtet über Untersuchungen zum Generationenverhältnis, zur Generationensolidarität und über allfällige diesbezügliche Gefährdungen.

Dass über die Zukunft des Generationenverhältnisses kein Konsens herrscht, mag nicht weiter verwundern – viele divergierende Interessen sind davon berührt. Erstaunlicherweise divergieren aber auch die entsprechenden Gegenwartsdiagnosen – von zerfallenden Familien und erbitterten Generationenkonflikten bis hin zum harmonischen Miteinander von Alt und Jung ist die Rede. Auch die ExpertInnen sind sich darin nicht einig. In der „veröffentlichten“ Meinung überwiegen die negativen Bilder. Das ist nicht wirklich verwunderlich, denn eine Reihe von Trends scheint eine solche Einschätzung durchaus plausibel zu machen:

- Das wachsende Finanzierungsproblem bei den Pensionen, im Gesundheitswesen und auf dem Pflegesektor infolge der demographischen Entwicklung ist nur zu deutlich und höchst aktuell, Verschärfungen sind absehbar;

- Gesellschaftlicher Wertewandel prägt in unterschiedlichem Maße die in unterschiedlichen, historisch bedingten Umständen geprägten Generationen, von den „traditionellen Alten“ bis zum jungen, „narzisstischen Sozialisationstypus“, der, von einer mächtigen Werbemaschinerie auf Konsum zugerichtet, egozentrisch nach Lust und Spaß strebt;
- Es gibt eine zunehmende Differenzierung der Lebensstile und (Zusammen-)Lebensformen, was vielfach auch als ein Auseinanderdriften der Altersgruppen empfunden wird.

Erster Generationensurvey 1998

Untersuchungen im Ausland zeichnen jedoch ein anderes Bild. Es galt daher, auch in Österreich der Frage des Generationenverhältnisses, der Generationensolidarität und ihrer allfälligen Gefährdungen nachzugehen. Im Jahr 1998 war im Auftrag des damaligen Umwelt-, Jugend- und Familienministeriums erstmals ein Generationensurvey durchgeführt worden. Die Hauptergebnisse dieser Studie bestätigten die internationalen Befunde: Die Familie, und in etwas abgeschwächtem Maße die weitere Verwandtschaft und das Freundesnetzwerk, erwiesen sich als ein außerordentlich tragfähiges solidarisches System der Sicherung gegen Notlagen. Kaum jemand gab an, im Notfall völlig allein gelassen worden zu sein.



Soziologe Gerhard Majce (rechts) im Gespräch mit ÖKSA-Präsident Michael Chalupka. Foto: ÖKSA

Es ist sinnvoll, diese Generationenbeziehung der persönlichen, primär familiären Kontakte vom „Generationenverhältnis“ des unpersönlichen Bezugs von Altersgruppen aufeinander, wie es z.B. im Reden vom „Generationenvertrag“ zum Ausdruck kommt, zu unterscheiden. Dieses Generationenverhältnis ist auf gesamtgesellschaftlicher Ebene wirksam und natürlich weniger eng.

Aber auch auf dieser Ebene waren nur schwache Hinweise auf ernsthaftes Konfliktpotential auszumachen. Die 1998er Studie vermittelte im Gegenteil den Eindruck einer zwar distanzierten, insgesamt aber durchaus freundlichen, wohlwollenden wechselseitigen Akzeptanz mit beachtlichen Solidaritätssignalen.

Zweiter Survey 2005

Diese insgesamt positive Momentaufnahme des Jahres 1998 wurde 2005 durch einen zweiten Survey, gefördert vom Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, ergänzt, so dass nunmehr Eindrücke über die Entwicklung des Generationenverhältnisses bzw. der Generationenbeziehung gewonnen werden konnten. Es war wegen des verschärften Tones in der massenmedialen Zeichnung der Alt-Jung-Thematik durchaus zu befürchten, dass die Konfliktkomponente stärker in den Vordergrund geraten sein könnte.

Im Großen und Ganzen lautete jedoch der durchaus nicht selbstverständliche Befund, dass die integrativen Momente sogar zugenommen hatten, die konflikthaftern Kräfte per Saldo zurückgegangen waren, überraschenderweise insbesondere im (groß-)städtischen Bereich.

Ausblick

Man wird freilich nicht übersehen dürfen, dass diese „gute Nachricht“ vom enormen Hilfe- und Solidaritätspotential der Familien auch die Warnung impliziert, zu meinen, das wäre problemlos in die Zukunft fortzuschreiben. Denn gerade dieses familiäre Betreuungspotential wird bereits mittelfristig mehrfach geschwächt werden, sei es durch demographische Prozesse: Es wird weniger Kinder, Töchter, geben als früher, dafür aber viel mehr Alte und viel mehr sehr Alte, sei es ökonomisch: Frauen werden aus mehreren Gründen häufiger erwerbstätig sein und damit der „Familienarbeit“ verloren gehen. Und die Männer signalisieren nicht gerade in ermutigendem Maße, dass sie kompensatorisch einspringen würden.

Auch gesamtgesellschaftlich könnten mittelfristig Konflikte auftreten, denn einerseits wird es immer häufiger vorkommen, dass „die Jungen“ – von Massenmedien, bestimmten politischen Gruppierungen und wirtschaftlichen Lobbys motiviert – den Generationenvertrag in Frage stellen werden, während andererseits „die Alten“ an politischer Macht und nicht zuletzt wegen immer besserer Bildung an Konfliktfähigkeit zugewinnen werden. Es sind dann nicht mehr die „deserving poor“, mit denen es eine kleiner werdende Jugendgeneration zu tun haben wird, sondern die ergrauten Achtundsechziger, die überdies als die Baby-Boomer rein quantitativ starkes Gewicht haben werden.

*Gerhard Majce
Institut für Soziologie, Universität Wien*

Quelle: Unterlagen zur ÖKSA-Jahrestagung 2007: Alt sein 2030 in Österreich, Villach, 24./25. Oktober 2007



Büchertisch zum Thema "Alt sein". Foto: ÖKSA

Bevölkerungswachstum wird von Alterung begleitet

Künftig wird es in Österreich weniger Kinder und Jugendliche, dafür mehr ältere Menschen geben. Die Zahl der über 60-Jährigen steigt langfristig um 80 Prozent, prognostiziert die Statistik Austria.

„In den nächsten Jahrzehnten wird die österreichische Bevölkerung weiter wachsen. Was sich jedoch dramatisch ändern wird, ist die Altersstruktur“, so Peter Findl, Leiter der Direktion Bevölkerung der Statistik Austria. „Während Zahl und Anteil der Generation 60+ wächst, nimmt die Zahl der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren leicht ab. Etwas abgefedert wird der Prozess durch die Zuwanderung.“ Die Zahl der erwerbsfähigen Bevölkerung zwischen 15 und 60 Jahren wird sich vorerst vor allem durch Zuwanderung noch leicht erhöhen, langfristig aber wieder zurückgehen.

Zahl der Kinder sinkt um fünf Prozent

Im Jahr 2006 lebten in Österreich 1,30 Mio. unter 15-jährige Kinder und Jugendliche. Sie stellten damit 15,7 Prozent der Gesamtbevölkerung von 8,28 Mio. dar. Infolge der konstanten, im Niveau aber niedrigeren Geburtenzahlen als in der Vergangenheit wird ihre Zahl in den nächsten Jahrzehnten zurückgehen. Bis 2015 wird sie sich auf 1,21 Mio. (-7%) verringern. Danach dürfte es wieder zu leichten Zuwächsen kommen, sodass ab dem Jahr 2030 rund 1,25 Mio. ÖsterreicherInnen unter 15 Jahre alt sein werden. Gegenüber dem Jahr 2006 entspricht dies einem Minus von rund vier Prozent. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung wird 2050 allerdings nur mehr 13,2 Prozent betragen.

Langfristig schrumpft auch die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

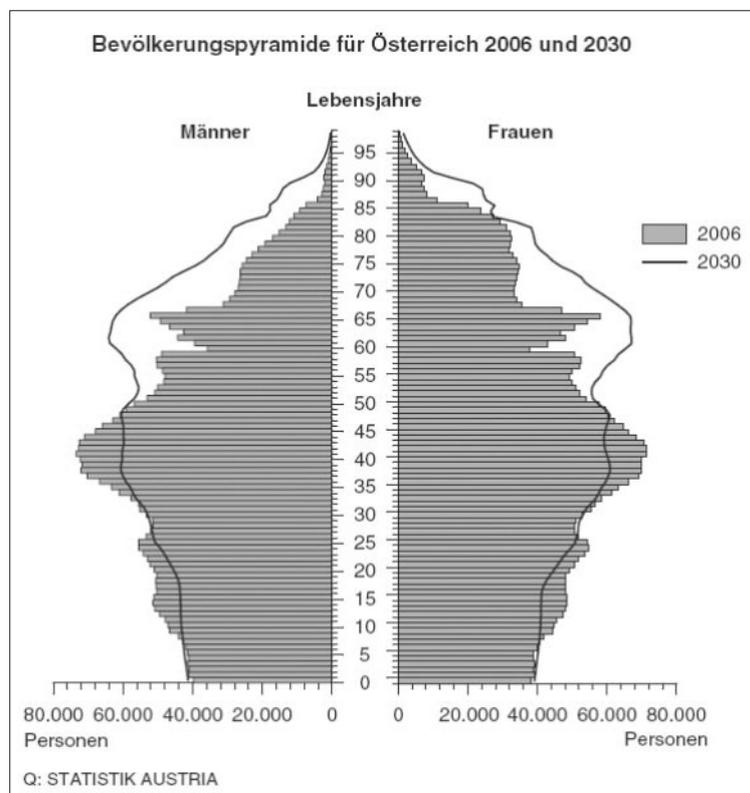
5,16 Mio. Einwohner standen 2006 im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 60 Jahren. „Bis 2015 wird sich das Erwerbspotenzial durch die Zuwanderung noch leicht auf 5,27 Mio. Personen erhöhen. Das ist ein Plus von zwei

Prozent,“ prognostiziert Alexander Hanika von Statistik Austria. Danach werden jedoch deutlich mehr Personen ins Pensionsalter übertreten als Jugendliche bzw. Zuwanderer hinzukommen. Weniger Jugendliche können eine Entspannung, möglicherweise aber auch einen Mangel am Lehrstellenmarkt bedeuten. Die Zahl der Erwerbsfähigen wird zwischen 2020 und 2030 von 5,20 Mio. auf 4,93 Mio. (-5% gegenüber 2006) abnehmen. Unter der Annahme einer dann wegen des Rückgangs der Bevölkerung im Erwerbsalter stärkeren Zuwanderung wird das Erwerbspotenzial konstant bleiben, allerdings auf einem niedrigeren Niveau als derzeit.

Lebenserwartung steigt weiter deutlich an

Kräftige Zuwächse sind hingegen ab sofort bei der über 60-jährigen Bevölkerung zu erwarten. In absehbarer Zukunft werden immer stärker besetzte Geburtsjahrgänge ins Pensionsalter übertreten, nämlich die Baby-Boom-Jahrgänge der 1950er- und 1960er-Jahre.

Darüber hinaus werden mehr Menschen als früher ein höheres Alter erreichen. Dies liegt an der steigenden Lebenserwartung, am Wechsel der Baby-Boom-Generation in höhere Altersstufen, aber auch an den von Kriegsverlusten unberührt gebliebenen Männergenerationen. Somit wird die Zahl der über 60-Jährigen im



Jahr 2015 mit 2,07 Mio. um 14 Prozent größer sein als 2006. Bis 2030 steigt ihre Zahl auf 2,81 Mio. (+55%), bis 2050 schließlich auf 3,26 Mio. (+79%). Statistiker Hanika: "Ist derzeit noch jeder fünfte Österreicher über 60 Jahre alt, so wird es bis 2020 bereits jeder vierte sein. Langfristig wird jeder dritte Bewohner unseres Landes über 60 Jahre alt sein."

Starker Zuwachs bei den betagten und hochbetagten Menschen

Dramatisch erhöhen wird sich Statistik Austria zufolge auch die Zahl der über 75-Jährigen in der Bevölkerung. Diese Bevölkerungsgruppe umfasste 2006 noch 647.000 Personen. 2030 wird sie bereits 1,02 Mio. betragen, um 58 Prozent mehr als 2006. Bis 2050 steigt ihre Zahl auf 1,60 Millionen an, das entspricht einem Plus von 147 Prozent. Ihr Anteil an der

Gesamtbevölkerung wird sich in diesem Zeitraum von 8 auf 17 Prozent mehr als verdoppeln. Somit stehen dem Gesundheitssystem sowie allen Arten von Betreuungseinrichtungen älterer Menschen neue und große Herausforderungen bevor.

Das Durchschnittsalter der Gesamtbevölkerung nimmt im Prognosezeitraum bis 2050 um 6,4 Jahre zu, von derzeit 40,7 Jahre (2006) auf 47,1 Jahre (2050). Während das Durchschnittsalter der Männer in diesem Zeitraum von 39,1 auf 45,8 Jahre steigt, nimmt das Durchschnittsalter der Frauen von 42,2 auf 48,3 Jahre zu.

Quelle: Statistik Austria, 30.10.2007

Im Alter zu Hause – aber wie?

Im Alter zu Hause sein – ein persönlicher und literarischer Zugang

Als ich ihn das erste Mal besuchte, war er bereits über 80 Jahre alt. Ich hatte über eine Stunde gebraucht, um ihn überhaupt zu finden. Er wohnte mitten im Wald, durch irgendeine Ausnahmeregelung hatte er die Erlaubnis erhalten, inmitten des Naturschutzgebietes am Rande meiner Pfarrgemeinde in der Eifel weit hinter Bonn zu bauen. Inzwischen war aus dem kleinen Wochenendhaus die Dauerbleibe geworden. Sogar seine Bibliothek, die dem Latein- und Deutschlehrer am Beethoven-Gymnasium alle Ehre machte, war nach einigen Umbauten in das Dachgeschoss gezogen. Ansonsten war alles sehr einfach: Die Stromversorgung war eine Eigenkonstruktion und die Wasserversorgung ein Abenteuer menschlicher Autarkiebestrebungen.

Meist unterhielten wir uns bei einer ägyptischen Zigarette, die mich als jungen Pfarrer genauso einnebelte wie die reiche Gedankenwelt des ungewöhnlichen alten Mannes. Er war in zweiter Ehe glücklich verheiratet gewesen, hatte mit seiner Frau das kleine Haus selbst gebaut und hatte sich nach ihrem Tod ganz in die „Wildnis“ zurückgezogen. Nicht ohne sein soziales Leben in der ihm eigenen Art zu pflegen. Alle 14 Tage traf er sich mit einem Kreis von Gleichgesinnten, in dem es nur erlaubt war, in Versform mit-

einander zu sprechen. Die ständige Suche nach Poin-ten war ihr Freundschaftselixier.

In den fünf Jahren bis zu dem Tag, an dem ich ihn beredigen durfte, wurden die Altersspuren immer offensichtlicher. Sterben und Tod waren schon längst keine akademischen Fragen, sondern solche, über die der knorrige alte Mann in aller Offenheit sprach. Ihn zu überreden versuchen, sich doch in ein Altenheim oder wenigstens in ein betreutes Wohnen zu begeben, hätte mich die so ungleiche Freundschaft gekostet. In aller Klarheit sagte er einmal: „Ich habe Angst vor dem Sterben. Vermutlich werde ich auf der Stiege zur Bibliothek stürzen. Mit viel Glück werde ich bewusstlos werden oder an meinem Erbrochenen ersticken. Jedenfalls werde ich niemanden zu Hilfe rufen können, das Telefon nicht mehr erreichen. Und im schlimmsten Fall werde ich zwei Tage zu kämpfen haben, bis ich sterbe. Aber so sterbe ich, wie ich gelebt habe.“

Es kam fast, wie er es vermutet hatte. Er war schon beim Aufstehen auf dem Teppich gestürzt. Man fand ihn drei Tage nach seinem Tod. Der Arzt vermutete, dass die starke Unterkühlung seinen Todeskampf auf nur wenige Stunden begrenzt hatte. – Damals habe ich vor allem eines gelernt: Respektiere den Willen eines Menschen im Alter und hindere ihn nicht durch wohlmeinende Vorschläge daran, seinen Willen auch umzusetzen!

Die Geschichte meines alten Gemeindegliedes liegt mehr als 20 Jahre zurück. Sein Leben im Alter und auch sein Sterben sind weder typisch noch als

Idealfall gedacht. Trotz aller Notwendigkeit statistischer Forschung glaube ich nicht daran, dass die Art, sein Alter zu leben und schließlich zu sterben, etwas anderes als ein hochindividueller Vollzug ist. Selbst in standardisierten Angeboten, Abläufen und Versorgungsformen dekliniert sich die Würde des Menschen immer nur im Singular. Das ist Erfahrung und Gebot der Humanität zugleich.

Mein damaliger Scout in Fragen des Alterns war viel zu intelligent, um seine Lebenseinstellung auf das Motto zu bringen: „Lieber daheim als im Heim!“ – Er hätte eine bessere Pointe dafür gebracht, dass Altern eine nicht delegierbare Lebensaufgabe ist, die wie jede spannende Aufgabe Risiken birgt, die man wiederum nicht übertragen kann.

Aber in der Sache wäre es auch darauf hinausgelaufen: Meine eigenen vier Wände sind der Ausdruck meiner bisherigen Lebensgestaltung, in ihr verdichten sich meine Möglichkeiten, den Alltag zu bewältigen, zu erleiden, zu genießen. In meinen eigenen vier Wänden wohnt mein Lebensgeist in den Fugen. Meine Einrichtung ist nicht bloß Mobiliar, es ist die Art, wie ich mich mit meinem Leben eingerichtet habe.

Das Wohnen ist weit mehr als eine austauschbare Rahmenbedingung des Lebens. Der britische Designer und Architekt Francis Duffy hat Recht, der einmal sagte: „Erst erschaffen wir Gebäude, dann schaffen die Gebäude uns.“ Es stimmt: Wir bauen Heime und sie machen uns zu Heimbewohnern. Wir schaffen Mietshäuser und sie machen uns zu Mietern. Wir errichten Krankenhäuser und sie machen uns zu Patienten. Oder haben Sie schon einmal mit Erfolg versucht, die Aussage eines Krankenhausleitbildes „Bei uns können Sie sich zuhause fühlen“ wörtlich zu nehmen und einige eigene Gegenstände an die Wand zu bohren? – Der so keck anmutende Spruch „Wohnst du noch oder lebst du schon?“ ist deshalb gänzlich irreführend. Fast möchte man ihm entgegenstellen: „Wohnen ist Leben“ und dabei gibt einem die Wortherkunft sogar recht. Die Wohnung ist die zweite Haut, deren Abziehen uns lebensgefährdende Schmerzen zumuten kann.

Nicht zufällig kleidet sich auch die Vorstellung von Alter immer wieder in räumliche Bilder. Einen der vielleicht schönsten Texte verdanken wir der Schriftstellerin Marie Luise Kaschnitz:

„Ich bekam einen Brief von einer Gleichaltrigen, darin stand, wir wohnen alle in der Todeszelle, niemand besucht uns, wir dürfen den Raum nicht verlassen, nur warten, bis man uns abholt und das Gerüst wird schon

gezimmert, im Hof. Ich begreife die Briefschreiberin nicht, ich weiß, daß ich sterben werde, aber wie in einer Todeszelle fühle ich mich nicht. Ich höre die wilden heftigen Geräusche des Lebens und spüre die Sonne und den Eisregen auf der Haut. Das Alter ist für mich kein Kerker, sondern ein Balkon, von dem man zugleich weiter und genauer sieht. Von dem man unter Umständen, vom Blitz getroffen oder von einem Schwindel überkommen, hinabstürzt, nicht weil es so dunkel und einsam ist, sondern weil die Sonne übermächtig scheint.“

(M.L. Kaschnitz, Orte, Frankfurt 1973, 145)

Bildlich gesprochen ist Alter nicht der Kerker, in dem wir isoliert sind und nur auf den unausweichlichen Tod hin vegetieren. Alter ist vergleichbar dem Balkon, einem Ort, von dem aus die Teilhabe am Leben in attraktiver Weise möglich ist. Der Ort, von dem aus die Altersweitsicht eine neue Bedeutung bekommt: Altern heißt weiter und genauer zu sehen. Von Risiken ist Leben im Alter nicht frei: Schwindel und Absturz drohen, Naturereignisse, denen man nicht mehr gewachsen ist, aber all das steht nicht im Zeichen von Finsternis und Beziehungsverlust, sondern von Wärme und Licht. Wenn das Leben selbst uns taumeln lässt, dann hat auch der Sturz einen anderen Sinn.

Gestaltungen des Alterns zu Hause

Ich habe diesen persönlichen Zugang im Rückgriff auf literarische Zeugnisse gewählt, um deutlich zu machen, dass es sich bei der Frage Heim oder Daheim nicht um Angebotshilfen der professionellen Altenhilfe und um die Lösung eines demographischen Problems handelt. Hinter der Frage, wie Menschen ihr Alter zu Hause leben können, steht eine zutiefst existenzielle Frage, es ist die Frage nach der inneren Beheimatung im Alter. Wie für alle wichtigen Lebensfragen suchen wir auch hier nach Gestaltungsformen.

Nicht zufällig können wir deshalb heute schon erkennen, dass die Umgestaltung der eigenen vier Wände in Vorbereitung auf die eigene Alterssituation schon jetzt viele Umbaumaßnahmen motiviert. 3,8 Millionen Menschen der Generation 50plus haben in Deutschland die Absicht, in der nächsten Zeit Investitionen für einen altersgerechten Umbau vorzunehmen, 900.000 von ihnen gehen diese Vorhaben jedes Jahr ganz konkret an. So informierte die HAZ am 13.10.07 unter dem Titel „Wohnungen werden fürs Alter fit gemacht“. Schon jetzt ist mit 38 Prozent der Wunsch, die Hilfs- und Pflegebedürftigkeit in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen, der zweitwichtigste Grund für Umbaumaßnahmen am eigenen Haus.

Dass wir hier über ein Milliardengeschäft reden, haben nicht nur die Bausparkassen und Anbieter für altersgerechte Wohnraumgestaltung entdeckt. Altersgerecht in den eigenen Wänden zu wohnen ist längst schon kein Privileg der Eigenheimbesitzer: Zahlreiche Wohnungsbaugesellschaften, sogar Private-Equity Immobiliengesellschaften sehen die Chance, sich durch Investitionen in altersgerechtes Wohnen vor einem drohenden Leerstand von Wohnungen und einer kostenintensiven Fluktuation zu schützen. So hat etwa die Deutsche Annington Immobilien GmbH, das mit rund 230.000 vermieteten und verwalteten Wohnungen größte Wohnungsunternehmen in Deutschland, eine eigene Tochtergesellschaft gegründet, die eine geschlossene Wertschöpfungskette für altersgerechtes Wohnen von Beratung über Vermittlung von Gesundheitsdiensten und baulicher Wohnanpassung entwickelt hat.

Wir werden in den kommenden Jahren verstärkt Allianzen erleben, in denen soziale Dienstleister mit kommerziellen Wohnungsanbietern um attraktive Kunden und große Kundengruppen werben. Die Architekturentwicklungen in Richtung des „smart home“, in dem wesentliche Dienstleistungen automatisiert und neue Kommunikationsformen viele klassische Betreuungsangebote ergänzen können, stehen sicher erst am Anfang.

Wir mögen noch die Motive befragen, die hinter dem Engagement unterschiedlicher Firmen außerhalb der Gemeinnützigkeit liegen, in jedem Fall zeichnet sich hier eine Entwicklung ab, hinter der eine grundlegend richtige Erkenntnis steht: Alter ist keine Krankheit, die uns aus dem Normalfall des Alltages herausreißt und an besonderen spezialisierten Orten bekämpft



Besucherinnen der ÖKSA-Jahrestagung in einer Tagungspause. Foto: ÖKSA

werden müsste. Altern ist Alltag und im Alltag liegt der Bewährungsort des Alterns.

„Neue“ Paradigmen für ein „neues“ Problem?

Aus der genannten Entwicklung wird deutlich, dass Leben im Alter im eigenen Zuhause ein Umdenken erfordert: Alter ist nicht in erster Linie ein Pflegeproblem, es ist nicht eine Aufgabe der Verwirklichung eines Ideals von Gesundheit. Alter ist vor allem und in all seinen Spielarten Normalität. Es ist eben nicht nur normal, verschieden zu sein, es ist auch normal, verschieden alt zu sein. Mehr noch: Es ist notwendig, verschieden alt zu sein. In der Konsequenz dieses Umdenkens stehen als Leitvorstellungen für das Leben im Alter im Mittelpunkt:

- *Selbstbestimmung*: oder wie Klaus Dörner gesagt hat: „Die Zeit der Veranstaltung des Menschen ist vorbei.“
- *Normalisierung*: im Sinne des eben dargelegten „Es ist normal, verschieden zu sein!“
- *Alltagsbewältigung*: denn Lebensqualität hat zwei Seiten. Die eine heißt „Hier“, die andere heißt „Jetzt“.

Diese Leitvorstellungen haben auch eine andere Seite. Wer selbst bestimmen will, übernimmt Verantwortung, verzichtet auf die Delegation seiner eigenen Lebensaufgaben. Er geht damit auch Risiken ein, verzichtet auf eine Vollkasko mentalität. Wer Normalität nicht durch Standardisierungen domestizieren will, der wird Vielfalt akzeptieren. Der muss die unendlichen Arten, in denen Menschen sich in ihrem Alter nicht in eine Bewertungsskala bringen, beachten. Wer auf Alltagsbewältigung setzt, der muss die Ressourcen und Strategien achten, die Menschen entwickelt haben, um mit dem Leben für sich zurechtzukommen.

Professionelle Anbieter werden damit alles andere als überflüssig, aber sie müssen sich wandeln zu humanen „Service Providern“, die bezogen auf besondere Bedürfnisse Angebote in den Bereichen „Beschäftigung“ „Wohnen“, „Förderung“, „Betreuung“, „Pflege“ etc. machen. Nicht die eigenen Standards zählen dabei, sondern die Interessen der Menschen, die diese Leistungen nachfragen.

Wenn ich diese grundsätzlichen Gedanken voranschicke, so deshalb, weil sie mir ganz praktisch zu werden scheinen. Heimgesetze scheinen an den Leuchtsternen von Risikovermeidung und Sicherheit orientiert zu sein. Die Professionalisierungsschübe befördern besonders die Pflege. Nicht zufällig beherrschen die Begriffe von „Betreuung“ und „Versorgung“ das Bild.

Konkretionen

Damit ist dann aber auch der Weg frei, um über konkrete Möglichkeiten nachzudenken, wie das Modell vom „Alter zu Hause“ gelingen kann:

1. Menschen müssen gestärkt werden in ihrem Wunsch und ihren Gestaltungsformen, zu Hause und in ihrer angestammten Umgebung wohnen zu bleiben. Sie müssen gestärkt werden in ihren Phantasien, wie sie ihr Alter leben wollen.
2. Die - berlinerisch gesagt - „Kieze“, also die Stadtteile, müssen gestärkt werden, die Lebensumgebungen dürfen nicht zur Ausgrenzung von alten Menschen werden. Mobilität im Nahbereich muss erhalten bleiben und die Attraktivität der Lebenswelten erhalten werden. (Beispiel „Alte auf Rädern“ statt „Essen auf Rädern“). Wir stehen hier vor einer städteplanerischen Herausforderung ersten Ranges: der konsequenten präventiven Umweltgestaltung unserer Lebensräume.
3. Die Prophylaxe steht an erster Stelle. Prophylaxe im Sinne der Stärkung der eigenen Mobilität und Gesundheit, aber auch die Vorbereitung auf die Situationen, die eben auch zum Alter gehören: Pflegebedürftigkeit und Bettlägerigkeit. Dies zwingt gegebenenfalls erneut zum Umdenken: Unter Gesichtspunkten des Mobilitätsverlustes ist gerade nicht die sterile Barrierefreiheit gefragt, sondern die alltägliche Überwindung von Schwierigkeiten.
4. Die Angebote externer Dienstleister müssen ressourcenorientiert sein. Der Erhalt der Selbstständigkeit, die Stärkung oder auch Schaffung quartiersnaher oder familialer Netzwerke haben den Vorrang vor allen „Versorgungsmentalitäten“. Die einschlägige Fachliteratur nennt zurecht die zentralen Forderungen: wohnortnahe Unterstützung in der häuslichen Versorgung, Ausbau von Kooperationen der Beteiligten, Ausbau von Angeboten für Koordination und Steuerung (ich denke an das österreichische Modell der AlltagsmanagerInnen), rehabilitative Angebote, die sich an den konkreten Lebenspraktiken der Menschen orientieren, Unterstützung informeller Netzwerke
5. Natürlich haben wir einen rein quantitativ gesehen gigantischen Bedarf an ambulanten pflegerischen Diensten mit der Vernetzung mit einem wohnortnahen primärärztlichen Angebot.
6. und scheinbar im Widerspruch zu allem Bisherigen: Das Heim muss entideologisiert werden. Das Letzte, was Menschen, die in ihren eigenen vier Wänden leben wollen, brauchen können, ist, dass

das Heim zur unmöglichen Möglichkeit, zum Eingeständnis des Scheiterns eines eigenständigen Lebensentwurfes gemacht wird. Immer wieder liest man Erfahrungsberichte wie diesen: „Mutti versuchte am Schluss, ihre Windel auf der Herdplatte zu trocknen.“ Am Ende eines langen Weges, den die Kinder ihrer damals 88jährigen Mutter durch ambulante Dienstleistungen in ihren eigenen vier Wänden ermöglichten, stand dann der Weg in eine stationäre Altenhilfeeinrichtung. Das Heim, erst recht das Hospiz, müssen legitime und gute Möglichkeiten sein, wenn andere Formen an ihr Ende gekommen sind. Und: Heim ist nicht Heim. Dies gilt nicht nur hinsichtlich der Preise, sondern vor allem der Konzepte.

7. Der Begriff der Pflege verdient die Erweiterung. Zum Umgang mit alten Menschen gehören auch die Bildungspflege, die Erinnerungspflege und die Biografiearbeit. Wessen „Scheunen der Erinnerung“ voll sind, der hat auch gute Vorräte für magere Zeiten.
8. Wir müssen die ambulante Hospizarbeit stärken und die ambulante palliative Versorgung ausbauen. (Verweis auf die Wortherkunft „palliare“ = umhüllen)
9. Möglichst schnell müssen die Fehlanreize aus unserem System entfernt werden, die Abschlussbahnen steigenden Pflegebedarfes sowie Versorgungsmentalitäten schaffen. Ambulante und stationäre Anbieter müssten belohnt werden, wenn sie durch gute Pflege und Aktivierung einen alten Menschen in eine bessere Pflegestufe bringen. Preise müssen sinken, wenn Menschen ihr soziales Netz mit einbringen. (Bremer Heimstiftung) Aktivierende und anleitende Tätigkeiten müssen Raum haben neben den unmittelbaren Versorgungsleistungen.
10. Wir dürfen auch beim Thema Alter nie aufhören anzufagen. Martin Buber hat einmal gesagt: „Altern ist etwas Herrliches, wenn man nicht verlernt hat, was anfangen heißt.“

Vielleicht müssen wir auch beim Thema Alter wieder ganz neu anfangen, damit wir wieder erkennen, dass Alter Geschenk und nicht Bedrohungssituation ist.

*Hanns-Stephan Haas
Bundesakademie für Kirche und Diakonie Berlin*

Quelle: Unterlagen zur ÖKSA-Jahrestagung 2007: Alt sein 2030 in Österreich, Villach, 24./25. Oktober 2007

Innovative Wohnformen im Alter

Mit den Möglichkeiten, das Wohnen im Alter weiter zu entwickeln, befasste sich ein Expertenforum am Gelsenkirchener Institut Arbeit und Technik. Gerade im Ruhrgebiet, wo der demografische Wandel noch schneller voranschreitet als anderswo in Deutschland, gibt es zahlreiche Ansätze, die älteren Menschen ein selbst bestimmtes, aber sicheres und komfortables Leben ermöglichen, zeigt eine von Bochumer SoziologInnen verfasste Diplomarbeit.

Die eigene Wohnung und die Nachbarschaft werden für Senioren immer wichtiger. Auf "Rund-um-die-Uhr-Versorgung" im Altenheim setzen die wenigsten, 95 Prozent leben in normalen Wohnungen, 80 Prozent wollen auch bei Pflegebedürftigkeit zu Hause bleiben, zwei Drittel, das sind 1,4 Millionen ältere Pflegebedürftige, werden zu Hause versorgt. Intelligente Haustechnik und Betreuung im Wohnumfeld, soziale und telemedizinische Dienste helfen, diese Wünsche zu erfüllen. Wie sich die Lebensqualität älterer Menschen verbessern lässt und damit gleichzeitig der Wirtschaft neue Wachstums- und Beschäftigungschancen eröffnet werden können, diskutierten im Februar 2006 ExpertInnen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik im Institut Arbeit und Technik (IAT) in Gelsenkirchen.

Die Veranstaltung war Teil des Projektes "Zukunftschancen durch Produkte und Dienstleistungen für mehr Lebensqualität im Alter", das vom IAT zusammen mit der Forschungsgesellschaft für Gerontologie (FfG/Dortmund) und der Ruhr-Universität Bochum im Auftrag des deutschen Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchgeführt wurde. Wesentliches Ziel des Projektes war es, die Akteure aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft miteinander ins Gespräch zu bringen und neue Allianzen für das Wohnen im Alter zu bilden.

Politik muss Angebote weiter entwickeln

Die Diskussion auf dem Forum ergab eine Reihe von Folgerungen für die Politik, um Angebote und Projekte für das Wohnen im Alter weiter zu entwickeln und sozial ausgewogen zu steuern. So können Qualitätsstandards für das "Betreute Wohnen" Nutzern und Anbietern Orientierungshilfen geben, wie z.B. das Qualitätssiegel "Betreutes Wohnen" in Nordrhein-

Westfalen (NRW). Sinnvoll sind auch Umbau und Sanierung des älteren Wohnungsbestandes. Durch unkomplizierte technische Eingriffe lässt sich vielerorts eine barrierefreie Umgebung schaffen, wodurch auch das Handwerk im Bereich der Seniorenwirtschaft gestärkt wird. Gleichzeitig sollten Beratungsangebote flächendeckend ausgebaut und bekannt gemacht werden.

Wesentlich sind zudem neue Konzepte für die ambulante, teilstationäre und stationäre Pflege. Hierbei muss insbesondere der Wunsch der älteren Menschen nach Selbständigkeit und Selbstbestimmung beachtet werden. Bei Pilotprojekten sollte gerade unter dem Aspekt knapper Finanzmittel die gegenseitige Hilfe und Eigenverantwortung der Bevölkerung gestärkt werden. Wohn- und Betreuungsangebote sollten in die bestehenden Wohngebiete integriert werden, um damit das Zusammenleben von Jung und Alt zu verbessern. Einig waren sich die TeilnehmerInnen, dass bei allen Maßnahmen das sozialpolitische Ziel nicht außer Acht geraten darf. Die Angebote müssten unter besonderer Berücksichtigung sozial benachteiligter Personen gestaltet werden.

Projekt „Smarter Wohnen“

Zu den innovativen Angeboten in diesem Bereich zählen auch Projekte wie das so genannte "Smart-Home". Denn entgegen der weit verbreiteten Annahme sind ältere Menschen neuer Technik gegenüber durchaus aufgeschlossen. Diese Angebote tragen nicht nur zur Steigerung der Lebensqualität der Bevölkerung bei, sondern sind auch unter ökonomischen Aspekten sinnvoll.

In den "Smart Homes" hilft die moderne Technik Senioren, altersbedingte Defizite zu kompensieren und ihren Alltag allen Behinderungen zum Trotz selbstbestimmt zu bewältigen. "Smarter Wohnen NRW" heißt das Projekt in Hattingen im deutschen Bundesland Nordrhein-Westfalen, wo technische Neuerungen rund ums Wohnen entwickelt und erprobt werden. "Das fängt damit an, dass beim Verlassen der Wohnung alle Lichter und der Herd automatisch ausgeschaltet werden und geht bis hin zum Bewegungsmelder, der Hilfe alarmiert, wenn sich der Wohnungsinhaber auffällig lange nicht mehr bewegt", erklärt der Bochumer Soziologe David Wilde. Er und seine Kollegin Annette Franke machten die Frage nach innovativen Wohnformen für ältere Menschen zum Thema ihrer Diplomarbeit (Betreuer: Professor Rolf Heinze). Die Arbeit, die mit einem der Preise an Studierende der Ruhr-Universität Bochum ausgezeichnet

wurde, ist nunmehr auch unter dem Titel "Die silberne Zukunft gestalten" als Buch erschienen.¹

"Wir haben uns gefragt: Was ist eigentlich so schlimm daran, wenn viele Leute länger leben, das ist doch eigentlich erstmal eine positive Entwicklung", erzählt Annette Franke, "und wir wollten einen konstruktiven Blick auf das Thema werfen." Die beiden Sozialwissenschaftler machten sich zunächst an eine Bestandsaufnahme: Was ist eigentlich alt? Wann ist man alt? Wodurch ist Altern gekennzeichnet?, fragten sie. Statistiken halfen bei der Beantwortung der Frage, wie ältere Menschen tatsächlich leben. Treffen Vorurteile zu? Wie viel Geld steht zur Verfügung? Wie wünschen sich ältere Menschen zu leben? Und schließlich: Was gibt es überhaupt? Zwischen den Extremen "eigene Wohnung" und "Pflegeheim" muss es doch noch mehr geben.

Betreute Wohngemeinschaft

Und auch wenn noch nicht jeder aufgewacht ist: Die Wirtschaft entdeckt die älteren Menschen allmählich als attraktive Kundengruppe. Anhand zweier Beispiele stellten die Forscher vor, was möglich ist. Neben den genannten Smart Homes beleuchteten sie ein Projekt in Castrop-Rauxel, wo mehrere demenzerkrankte Menschen gemeinsam in einer betreuten Wohngemeinschaft leben.

"Wenn die Leute - anders als im Heim - ihre eigenen Möbel und ihre Haustiere um sich haben können, zum Geburtstag eine Kerze anzünden dürfen und ihre individuellen Bedürfnisse ausleben können statt zu reglementierten Tagesabläufen gezwungen zu sein, dann geht es ihnen auch besser", meint Annette Franke: "Diese Wohnform kann eine Demenzerkrankung nicht heilen, aber wohl verzögern. Aggressionen und andere Verhaltensauffälligkeiten sind weitaus seltener zu beobachten als bei Heimbewohnern. Zudem müssen weniger Psychopharmaka verabreicht werden." Wissen sie ihre Eltern oder Großeltern in einer solchen Wohngemeinschaft gut aufgehoben, können auch Angehörige aufatmen.

Im Ruhrgebiet finden sich mehrere solcher Beispiele. Hier ist nicht nur der demografische Wandel besonders fortgeschritten, es gibt auch einen ausgeprägten Wohnungsleerstand, der solche Projekte ermöglicht

und sogar erforderlich macht. "Früher war die Wohnungsnot so groß, dass die Wohnungsgesellschaften nicht von Kunden, sondern von Bewerbern sprechen konnten", so David Wilde: "Inzwischen muss man sich Gedanken machen, wie man den potenziellen Kunden umwirbt." Daher hat man aus der Not eine Tugend gemacht und arbeitet daran, Wohnungen mit Technik und zusätzlichen Serviceleistungen auszustatten, welche die Mieter auf Wunsch bekommen können.

Veränderungsbedarf

Allerdings gibt es immer noch vieles zu verbessern, meinen die beiden ForscherInnen. Bürokratische Hürden machen es schwierig, Wohnprojekte für Ältere zu realisieren. Zu schnell gerät man etwa mit der Heimverordnung in Konflikt - auch wenn sie in Heimen sicher ihre Berechtigung hat, behindert sich mitunter die Umsetzung innovativer Wohnprojekte. Bei der Organisation von häuslicher Pflege in WG-Projekten gebe es Loyalitätskonflikte zwischen den Trägern von Pflegediensten, häufig Sozialverbänden, die selbst Heime betreiben, und den WG-Trägern. Die ambulante Versorgung von alten Menschen angesichts einer somatisch orientierten Pflegeversicherung ist unterfinanziert, das Personal unterbezahlt, die Zeit viel zu knapp bemessen. "Da muss und wird sich in Zukunft viel tun", schätzt Annette Franke. "Es werden bessere Kooperationen gebraucht zwischen Wohnungsgesellschaften, Wirtschaftsförderung, Pflegeverbänden, Politik und Wissenschaft. Erkrankte und Angehörige brauchen niederschwellige Beratungsangebote. Und es muss Geld in den Bereich fließen", fordert die Soziologin.

Quellen: Claudia Bracko: Neue Allianzen für das Wohnen im Alter, Pressemitteilung des Instituts Arbeit und Technik, 09.02.2006; Josef König: Die „silberne Zukunft“ gestalten: Innovative Wohnformen für ältere Menschen, Pressemitteilung der Ruhr-Universität Bochum, 08.05.2007

Anmerkung

- 1 Annette Franke, David Wilde: Die "silberne" Zukunft gestalten. Handlungsoptionen im demografischen Wandel am Beispiel innovativer Wohnformen für ältere Menschen. Verlag Dr. H. H. Driesen, Taunusstein 2006

Der Preis des Alters

Gegenwärtig ziehen sie die Aufmerksamkeit der Berichterstatter ebenso wie der Bevölkerung auf sich: alte Kunstwerke und ihr geschätzter Markt- oder doch eher Liebhaberwert: unvorstellbare 50 Millionen Euro für die Saliera, 81 Millionen für die "Goldene Adele", knapp 30 Millionen für die Häuser von Unterach. Bei Auktionen von edlen Weinen oder Spirituosen werden ebenso Spitzenbeträge erzielt wie bei Geschirr oder Möbeln.

Was ist es, was uns "alte Dinge" wertschätzen lässt? Es besteht ein gesellschaftlicher Konsens darüber, dass solche Gegenstände als wichtig und wertvoll für die jeweilige Gemeinschaft erachtet werden, und dann sind diese Gegenstände Einzelstücke, Besonderheiten. Jeder Kenner ist stolz, derartige Raritäten zu besitzen. Gesellschaftliche und mediale Aufmerksamkeit erfährt auch ein anderer Aspekt des Alters: der stetige Anstieg des Lebensalters der gegenwärtigen und kommenden Generationen.

Zwischen Wertschätzung und Kostenorientierung

Auch hochaltrige Menschen genießen Achtung und Wertschätzung. Dies wird durch das afrikanische Sprichwort "Ein alter Mensch, der stirbt, ist wie eine Bibliothek in Brand" verdeutlicht. In Ansprachen bei Jubiläen oder Laudationes zu runden Geburtstagen wird auf die Verdienste der älteren Generation hingewiesen, auf ihre Bedeutung für die Entwicklung des Bundeslandes und die für uns unverzichtbaren Erfahrungen. Es wird aus den Reden erkennbar, dass es sich bei diesen alten Menschen, die gefeiert werden, um einzigartige Menschen und Persönlichkeiten handelt, die unverwechselbar und für ihre Umgebung kostbar sind. Mit Respekt wird auch betont, dass die Gemeinschaft dafür sorgen wird, dass die noch zur Verfügung stehenden Lebensjahre in Würde verbracht werden können. Es gibt also offensichtlich auch einen gesellschaftlichen Konsens darüber, dass "das Alter" zu ehren und entsprechend wertzuschätzen ist.

Verliert der alte Mensch jedoch seine Selbstständigkeit und Unabhängigkeit, verändert sich auch die Wahrnehmung der Öffentlichkeit: nicht mehr "Lebenserfahrung und Bereicherung", sondern "Gesundheitskosten und Last" dominieren die Berichterstattung. Die Diskussion über die Kosten der ergrauenden Gesellschaft und die Lasten, die die Alten für die Jungen bedeuten, wird nun schon über 20 Jahre einhergehend mit der Berichterstattung über die demogra-

fischen Veränderungen geführt. Neben den Aufwendungen für die Pensionszahlungen werden insbesondere die Gesundheitskosten dazu hergenommen, um Vergleiche der erforderlichen finanziellen Mittel anzustellen, die immer zu Ungunsten der älteren Menschen ausgehen müssen.

So berichteten die Oberösterreichischen Nachrichten, dass "Pensionisten durchschnittlich fünf Mal so hohe Medikamentenkosten und acht Mal so hohe Heilmittelkosten verursachen wie etwa die 30- bis 39jährigen". Es stand nirgends zu lesen, dass vermutlich diese "Pensionisten", als sie zu den 30- bis 39jährigen zählten, ebenfalls kaum Medikamentenkosten verursachten, aber dennoch ihre Sozialversicherungsbeiträge bezahlten, in der Hoffnung, im Bedarfsfall dann entsprechend versorgt zu werden. Und es wurde auch kein Vergleich angestellt, wie sich der Medikamentenaufwand der nun 30- bis 39jährigen jetzt und vor 30 Jahren darstellt.

Gesellschaftliche Bilder vom Alter

Da sich der Alternsprozess meist über Veränderungen im Gesundheitszustand bemerkbar macht, werden die meisten Stereotype über das Alter auch über diesen Bereich transportiert. Die Kosten der Betreuung und Pflege alter Menschen sind ein bewegendes Dauerthema für die Öffentlichkeit genauso wie für Familien und Pflegekund/innen.

Waren es zuvor autonome Erwachsene, die ihr Leben gemeistert haben und selbstbewusst ihren verdienten Lebensabend aktiv und inzwischen immer deutlicher von der Wirtschaft umworben gemeistert haben, werden sie plötzlich Pfleglinge, die in stationären Einrichtungen versorgt werden. Sie werden eingewiesen, erhalten ein Taschengeld, werden verlegt und finden sich als schwere Pflegefälle auf einem Bettentrakt wieder. Selbst der Begriff "Heiminsasse" war vor einiger Zeit wieder in den Leserbriefspalten zu entdecken.

Welche Perspektive wird hier den alten Menschen und den jungen, hoffentlich auch alt werdenden, gezeigt? Welche Bilder vom Alter und von der Betreuung und Pflege sind in unseren Köpfen und werden durch die Sprache übermittelt? Wir zeichnen ein passives, fremdbestimmtes Leben in Hilfsbedürftigkeit, für das auch noch erhebliche finanzielle Aufwendungen durch die Gesellschaft erbracht werden müssen.

Wenn ein alter Mensch bei seinem Alltagsmanagement Unterstützung durch andere Personen benötigt, treffen wir eine zusätzliche Unterscheidung in eine "bessere" und eine "schlechtere" Lösung: So lange es geht, sollen Menschen in ihrer gewohnten Umgebung

leben können, es werden Absichtserklärungen formuliert und unterstützende Dienste angeboten. Erst wenn es nicht mehr geht, oder konkreter, wenn kein anderer Ausweg mehr gegeben ist, dann muss die Übersiedlung in ein Heim stattfinden.

Das Heim als ungeliebter "letzter" Ausweg, als "Endstation"?

Diese Botschaft wird weder den modernen Heimen noch den dort beschäftigten Mitarbeiter/innen gerecht. In den letzten Jahren wurden unter Einsatz erheblicher öffentlicher Mittel umfangreiche Anstrengungen unternommen, für betreuungs- und pflegebedürftige Menschen eine entsprechende Wohnumgebung zu schaffen. Viele Heimbewohnerinnen und -bewohner stellen nach ihrer Übersiedlung dann auch staunend fest, dass es ihnen noch nie zuvor so gut gegangen ist. Die außer Streit zu stellende Selbstverständlichkeit, einen eigenen Wohnraum und ein Badezimmer für sich alleine zu haben, ist ein wesentlicher Faktor für diese Lebensqualität im Heim.

Dennoch mehren sich die Beiträge jener, die meinen, die Standards in den Heimen wären viel zu hoch und die alten Menschen hätten nie zuvor einen derartigen Wohnstandard erlebt. Es ist richtig, dass die wenigsten von uns – also nicht nur die älteren Menschen – in der Gemeinschaft Gleichaltriger leben und dass sich die Einfamilienhäuser und Wohnsiedlungen optisch und architektonisch von den Heimneubauten deutlich unterscheiden. Allerdings bewohnt ein Großteil der alten Menschen alleine eine Wohnung bzw. teilt seinen Schlafraum und das Bad höchstens mit seinem Partner/seiner Partnerin, also einer Person, die ihm/ihr jahrzehntelang vertraut und nahestehend ist.

Wie rasch dann die Bemerkung "Wozu braucht er/sie denn das noch?" fällt, muss uns sehr nachdenklich machen. Der Weg zur Rücknahme von Leistungen, beispielsweise Medikamente oder die Finanzierung von Hilfsmitteln für Hochaltrige aus Gründen der mangelnden Rentabilität, ist kurz. Es haben ältere Menschen ja auch jetzt schon Schwierigkeiten beim Zugang zu Leistungen, da ihre Angaben häufig nicht ernst genommen und ihre Beschwerden oftmals als altersbedingte Erscheinungen abgetan werden, für die sich keine aufwändigen Diagnosen und Therapien lohnen, da man "ohnehin nichts machen kann".

Während die Arbeit mit Menschen mit Beeinträchtigungen längst auf dem "Normalitätsprinzip" und dem Recht auf Selbstbestimmung basiert, sind in der Altenhilfe Bevormundungstendenzen nach wie vor beobachtbar. Eine Diskussion, ob für pflegebedürftige

Menschen eine eigene Toilette notwendig ist oder nicht, ist auch eine Form der Bevormundung.

Notwendiger Grundkonsens über Standards

Bevormundungstendenzen können aber auch Ausfluss von Unsicherheit und Angst sein. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Betreuung und Pflege gehen ihrer täglichen Arbeit gleichsam im Scheinwerferlicht nach: Viele Augen beobachten sie und beurteilen die Qualität ihrer Arbeit nach unterschiedlichen Interessen. Auch den widersprüchlichsten Anforderungen gerecht zu werden, keine Fehler zu machen und auch noch den berufsgruppenspezifischen Qualitätsvorstellungen zu folgen, führt zu oft unlösbaren Rollenkonflikten. Wenn dann noch organisatorische oder strukturelle Mängel, wie nicht pflegegerechte Räumlichkeiten, Personalengpässe oder eine negative mediale Grundstimmung, dazu kommen, wird die Arbeits- und Lebensqualität der Mitarbeiter/innen stark beeinträchtigt.

Die Standarddiskussion, was die räumliche Ausstattung der Heime betrifft, ist auch unter dem Gesichtspunkt der Betreuungs- und Pflegequalität zu sehen: Die Heime sind nicht nur Wohnort für die alten Menschen, sondern auch ein Instrument der Pflege: fehlende oder zu kleine Badezimmer, beengte räumliche Verhältnisse, lange Wege, mangelhafte Beleuchtung, verwirrende Gänge, beengte oder uneinsehbare Aufenthaltszonen verursachen mehr Arbeitszeit, verlangen nach verstärkter Kontrolle und beeinträchtigen die Pflegemitarbeiter/innen ebenso wie die alten Menschen.

Wenn die Kosten der Altenbetreuung und -pflege thematisiert und an zu hohen Standards festgemacht werden, richtet sich diese Zuschreibung vor allem an das Personal, das diese Kosten verursacht: Bei einem Anteil von 75 Prozent an den Aufwendungen für den Heimbetrieb liegt der Schluss nahe, dass eine Kostenreduktion nur über eine Personalreduktion stattfinden könnte. Wer die Arbeitsrealität wirklich kennt, wird nachvollziehen können, dass eine Verminderung der Beschäftigtenzahl zu einer bedenklichen Qualitätsreduzierung führen würde.

Unsere Gesellschaft steht vor einer einzigartigen Herausforderung durch die demografische Entwicklung, für die es keine Modelle oder beispielhafte Lösungen gibt. Als Grundvoraussetzung für verantwortungsvolles Handeln ist ein nationaler Grundkonsens notwendig, der Wertvorstellungen und Mindeststandards festlegt, aber auch Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten, über die es keine Diskussionen mehr gibt.

Die Konflikte über die Kosten auf dem Rücken der alten Menschen und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auszutragen, ist unmenschlich und unfair. Unfair, weil die Beschäftigten für ihre gute Arbeit wertgeschätzt und entsprechend entlohnt und nicht als Sündenbock für mangelnde Ressourcen verwendet werden möchten, und unmenschlich, weil die alten Menschen keine Wahl haben: Sie sind alt und auf die Hilfe der Solidargemeinschaft angewiesen.

Die öffentliche Aufregung wäre groß, würde man die "Goldene Adele" trotz besseren Wissens unachtsam

aufbewahren und so eine Beschädigung provozieren. Es gilt eine noch größere Aufregung zu erzeugen, sollte mit alten Menschen und ihren Betreuungspersonen trotz besseren Wissens unachtsam umgegangen werden.

Margit Scholta
Vorsitzende von Pro Senectute Österreich

Erstabdruck in: Interesse 2006/1, Soziale Information Nr. 2, herausgegeben vom Sozialreferat der Diözese Linz.

Senioren-gesundheit in Oberösterreich

Die Lebenserwartung ist in den letzten Jahren stark angestiegen und die Menschen sind auch immer länger gesund. Ursachen hierfür sind vor allem bessere Lebensbedingungen. Dieser Zuwachs an Lebensdauer und -qualität sollte, so Landesrätin Silvia Stöger und GKK-Direktor Hans Popper, künftig verstärkt auch sozial Benachteiligten zukommen.

Die Gruppe der Seniorinnen und Senioren wird immer größer, aus diesem Grund wird es auch immer wichtiger, sich deren Gesundheit genau anzusehen. „Dies hat uns veranlasst, das Jahr 2007 in den Gesunden Gemeinden unter das Thema Senioren-gesundheit zu stellen und gleichzeitig auch einen Bericht zu diesem Thema in Auftrag zu geben“, verwies Landesrätin Silvia Stöger bei der Präsentation des oberösterreichischen Senioren-Gesundheitsberichts im Dezember auf die Brisanz des Themas. Am Jahresschwerpunkt 50+ haben sich, so Stöger, mehr als die Hälfte der so genannten Gesunden Gemeinden beteiligt. Es wurden vor allem die Themen Demenz, Bewegung/ Sport im Alter, Seniorentanz, Ernährung, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Inkontinenz aufgegriffen. Zahlreiche Gemeinden boten dazu spezielle Senioren-Infotage an.

GKK-Direktor Hans Popper fügte hinzu: „Wir wollen die Versorgung der Menschen mit Gesundheitsleistungen bestmöglich auf den Bedarf der Menschen ausrichten. Gerade die wachsende Gruppe der älteren Menschen benötigt den größten Anteil der Leistungen, deswegen hat dieser Bericht eine besondere Bedeutung.“

Lebenserwartung gestiegen

In den letzten Jahrzehnten ist die Lebenserwartung stark angestiegen. Immer mehr Menschen dürfen damit rechnen, ein hohes Alter zu erreichen. Anfang der 1960er Jahre lag die Wahrscheinlichkeit, das 85. Lebensjahr zu erreichen, für Frauen bei 20 Prozent und für Männer bei zehn Prozent. 40 Jahre später dürfen bereits mehr als 45 Prozent der Frauen und über ein Viertel der Männer damit rechnen, dieses Alter zu erreichen.

Die Menschen werden aber nicht nur älter, sie können auch zunehmend mit einem besseren Gesundheitszustand im Alter rechnen. Während 1978 ein durchschnittlicher 65-jähriger Mann noch mit ca. vier weiteren Lebensjahren bei gutem Gesundheitszustand rechnen durfte, waren dies Ende der 1990er Jahre bereits fast acht Jahre. Bei Frauen stieg die gesunde Lebenserwartung mit 65 Jahren im selben Zeitraum von 3,5 auf über acht weitere Jahre. Hinter dieser Entwicklung stehen nicht nur Fortschritte in der medizinischen Versorgung. Die wesentlichen Ursachen sind dem Gesundheitsbericht zufolge in Verbesserungen der Lebensbedingungen - wie bessere Wohn- und Arbeitsbedingungen, ein gesichertes und abwechslungsreiches Ernährungsangebot, Konsumgewohnheiten und Bildung - zu suchen.

Gesundheitliche Einschränkungen vor allem bei über 75-Jährigen

Es darf jedoch nicht übersehen werden, dass ein erheblicher Teil älterer Menschen von gesundheitlichen Belastungen betroffen ist. Insbesondere ab dem 75. Lebensjahr nimmt der Anteil der Personen mit Einschränkungen bei alltäglichen Verrichtungen deutlich zu. Während bei unter 75-Jährigen etwa fünf bis sechs Prozent Hilfe bei persönlichen Verrichtungen

(z.B. Waschen, Anziehen etc.) benötigen, steigt der Anteil bei über 75-Jährigen auf über 20 Prozent an.

Wesentliche gesundheitliche Belastungen resultieren aus chronischen Erkrankungen (Herz-Kreislaufkrankungen, Diabetes) und damit verbundenen Folgeerkrankungen. Auf 1.000 Menschen im Alter über 60 Jahren entfallen pro Jahr etwa 200 Krankenhausaufenthalte infolge von Schlaganfall und Hirngefäßkrankungen. Über zehn Prozent der SeniorInnen leiden an Diabetes. Auf 1.000 über 60-Jährige kommen pro Jahr 30 bis 40 Krankenhausaufenthalte, die eine Diabetes-Spätfolgediagnose aufweisen. Dazu gehören Schädigungen der Blutgefäße in den Gliedmaßen, Augenprobleme, Nierenkomplikationen sowie Schädigungen der Nerven.

Weit verbreitet sind Beschwerden im Bereich des Bewegungs- und Stützapparats. Über 30 Prozent der SeniorInnen leiden unter Wirbelsäulenproblemen und Rückenschmerzen. Neun Prozent der Männer und 16 Prozent der Frauen sind von chronischen Gelenkerkrankungen wie Arthrose oder Gicht betroffen. Im Alter steigt die Verletzungsgefahr infolge von Stürzen. Eine häufige Folge sind Oberschenkelhalsbrüche. Jährlich sterben in Oberösterreich über 100 Menschen der Altersgruppe über 65 Jahren an den Folgen von Stürzen. Wesentliche Einschränkungen des Gesundheitszustandes sind durch psychische Erkrankungen bedingt. Stark verbreitet sind depressive Verstimmungen und Erkrankungen. Österreichweit geben 22 Prozent der Männer und 36 Prozent der Frauen im fortgeschrittenen Alter depressive Verstimmungen an. In Oberösterreich werden sieben Prozent der Männer und 16 Prozent der Frauen über 60 Jahre mit Antidepressiva behandelt. Demenzerkrankungen nehmen mit zunehmendem Alter exponentiell zu. Während bei unter 75-Jährigen noch bis zu drei Prozent von Demenz betroffen sind, steigt der Anteil bei den über 90-Jährigen auf 20 bis 30 Prozent.

Soziale Unterschiede

Die Chance, gesund alt zu werden, ist nicht nur von genetischen Faktoren abhängig, eine große Rolle spielen unterschiedliche Lebensumstände und Lebensstile. Wie auch in anderen Bevölkerungsgruppen weisen SeniorInnen aus unteren sozialen Schichten einen deutlich schlechteren Gesundheitszustand auf. Beispielsweise geben in der Altersgruppe zwischen 65 und 74 Jahren etwa zwei Drittel der Höhergebildeten (ab Maturaniveau) einen sehr guten oder guten Gesundheitszustand an. Unter Gleichaltrigen mit Pflichtschulabschluss beträgt dieser Anteil nur knapp über 40 Prozent. Die Verringerung dieser Chancenun-

gleichheit muss daher, so Landesrätin Stöger und GKK-Direktor Popper, im Zentrum aller gesundheitspolitischen Bemühungen stehen. Als wesentliche Ansatzpunkte, aktives und gesundes Altern für alle zu ermöglichen, erachten sie:

- Materielle Absicherung
- Lebensumfeld, Wohnsituation
- Einbindung in persönliche Netzwerke und soziale Unterstützung
- Teilhabe am Gesellschaftsleben, Lebensaktivitäten und Lebenssinn
- Selbstkompetenzen und persönliche Ressourcen

Maßnahmenvorschläge

Der Senioren-Gesundheitsbericht weist darauf hin, dass es künftig wichtig sein wird, die gesundheitsförderlichen Aktivitäten auszubauen, speziell in den Bereichen Ernährung und Bewegung. Da das Altern ein lebenslanger Prozess ist, sollte aber auch schon in früheren Jahren darauf vorbereitet werden. Daher sollte der Gesundheitsförderung in sozialen Settings (Betrieb, Gemeinde ...) in Zukunft auch im Hinblick auf das gesunde Altern mehr Beachtung geschenkt werden.

Auch aus dem gesundheitlichen Aspekt heraus müsse die materielle Absicherung im Alter in der Politik eine hohe Priorität haben, denn Menschen, die bessere Lebensumstände haben, sind auch gesünder. Umgekehrt sind Existenzängste und soziale Ausgrenzung massive Krankheitserzeuger. Soziale Kontakte und Beziehungen im Alter müssten daher weiter gefördert werden.

Als wirksame Ansätze dafür werden exemplarisch Tauschbörsen oder exchange-learning-Modelle, weiters Seniorenturnen, betreutes Reisen und Wandergruppen angeführt. Derartige Programme hätten den Vorteil, dass sie sehr aktivierend und integrativ sind. „Wir wollen und brauchen die modernste Medizin, gerade für ältere Menschen. Wenn wir aber mehr Gesundheit im Alter wollen, brauchen wir nicht unbedingt mehr Medizin. Ganz sicher aber brauchen wir mehr ‚soziales Kapital‘, mehr aktive Einbindung von Älteren“, betonten Silvia Stöger und Hans Popper abschließend.

Quelle: Unterlagen zur Pressekonferenz zum Thema „Senioren-gesundheit in Oberösterreich“, Linz, 17. Dezember 2007. Der OÖ Senioren-Gesundheitsbericht kann bestellt werden beim Institut für Gesundheitsplanung, Gruberstraße 77, 4020 Linz, institut@gesundheitsplanung.at, sowie Downloadmöglichkeit unter: www.gesundheitsplanung.at

Novellierung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes

Die jüngste AIVG-Novelle brachte Verbesserungen für freie Dienstnehmer/innen und Studierende, aber auch eine Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen.

Mit 1.1.2008 traten einige gravierende Veränderungen im Arbeitslosenversicherungsrecht in Kraft. Einige Neuerungen sind dabei durchaus zu begrüßen. Doch auch Verschlechterungen für arbeitslose Menschen sind enthalten. Im Zuge der Gesetzesbegutachtung konnte noch einiges verhindert bzw. entschärft werden. Wir mussten jedoch auch feststellen, dass im Anschluss an die Begutachtung Bestimmungen in dem neuen Gesetz zu finden sind, die nie einer Begutachtung unterzogen wurden.

Freie Dienstnehmer/innen gleichgestellt

Ein großer Fortschritt konnte bei den freien Dienstnehmer/innen erreicht werden. Diese sind ab 1.1.2008 in der Arbeitslosenversicherung pflichtversichert, ebenso im Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz, sie sind in die Mitarbeitervorsorgekasse einbezogen und auch neue AK-Mitglieder. Gleichzeitig wurde klargestellt, dass die Zuweisung zu einem freien Dienstverhältnis keine zumutbare Beschäftigung im Sinne des AIVG darstellt und es daher bei Ablehnung einer solchen Stelle zu keiner Sperre des Arbeitslosengeldes kommen darf. Ab 1.1.2009 besteht außerdem für Selbstständige die Möglichkeit, in das Arbeitslosenversicherungsrecht zu optieren. Die getroffene Entscheidung gilt dann für jeweils acht Jahre.

Senkung der Jugendanwartschaft konnte verhindert werden

Im ursprünglichen Gesetzesentwurf wäre es zu einer Senkung der Jugendanwartschaft vom 25. auf das 21. Lebensjahr gekommen. Die Jugendanwartschaft bedeutet, dass lediglich 26 Wochen versicherungspflichtige Beschäftigung innerhalb der letzten zwölf Monate für einen ersten Arbeitslosengeldanspruch ausreichen. Ab dem 25. Lebensjahr müssen 52 Wochen innerhalb der letzten 24 Monate nachgewiesen werden. Wäre es zur Senkung auf das 21. Lebensjahr gekommen, wären in Oberösterreich potentiell 3.000 junge Menschen betroffen gewesen. Diese Absenkung konnte im Rahmen der Begutachtungsfrist und durch massive Proteste der Arbeitnehmer/innenvertretung noch verhindert werden.

Verschärfung der Zumutbarkeitsbestimmungen

Zukünftig gilt nur noch eine Beschäftigung mit einer wöchentlichen Normalarbeitszeit von mindestens 20 Wochenstunden als zumutbare Beschäftigung, darunter liegende Beschäftigungsangebote können zu keiner Sanktion führen. Dies ist positiv, da bei Notstandshilfebezug bisher jede Beschäftigung über der Geringfügigkeitsgrenze als zumutbar gegolten hat. Um Armut bei längerer Arbeitslosigkeit aber nachhaltig zu verhindern, wäre aber auch ein Einkommenschutz für Notstandshilfebezieher/innen notwendig.

Gleichzeitig bedeutet diese Neuerung aber auch die Ausdehnung der Mindestverfügbarkeit für arbeitslose Menschen. Zukünftig müssen von Arbeitslosigkeit Betroffene eine Stelle von mindestens 20 Wochenstunden annehmen können. Lediglich bei Menschen mit Betreuungspflichten für Kinder unter dem zehnten Lebensjahr oder behinderte Kinder reicht eine Mindestverfügbarkeit von 16 Wochenstunden.

Verschärft wurden zudem die Bestimmungen zur zumutbaren Wegzeit. Bei einer Vollzeitbeschäftigung sind jedenfalls zwei Stunden - eine Stunde hin, eine Stunde zurück - zumutbar, bei einer Teilzeitbeschäftigung sind jeweils eine Dreiviertel-Stunde hin und ebensoviel retour zumutbar. Auf die Kosten für diese Fahrtstrecken wird keinerlei Rücksicht genommen. Das gleiche gilt auch bei der Verfügbarkeit von Personen mit Betreuungspflichten, auch hier wird nicht berücksichtigt, was die Kinderbetreuungseinrichtungen kosten und ob sich das Arbeiten gehen überhaupt „auszahlt“. Beihilfen können hier teilweise die Situation erleichtern, meist aber nur für kurze Zeit.

Im Zuge der AIVG-Novelle werden auch einige positive Verwaltungsgerichtshofsentscheidungen rückgängig gemacht. Die Verweigerung einer Arbeitsstelle bei einem sozialökonomischen Betrieb oder gemeinnützigen Beschäftigungsprojekt kann nun wieder zum Entzug des Arbeitslosengeldes von bis zu acht Wochen führen. Der so genannte zweite Arbeitsmarkt soll aber nicht dazu dienen, den Arbeitswillen der Arbeitslosen zu überprüfen, sondern Chancen bieten. Ebenfalls möglich sein soll die gemeinnützige Arbeitskräfteüberlassung.

Arbeitserprobungen

Neu ist die Möglichkeit von „Arbeitserprobungen“ im Rahmen von Maßnahmen bei Sozialökonomischen Betrieben. Hierbei sollen Kenntnisse und Fertigkeiten sowie deren Einsatzmöglichkeiten in einem Betrieb überprüft werden. Völlig unklar ist, was unter diesen Arbeitserprobungen tatsächlich zu verstehen ist. Das

Gesetz spricht lediglich von einer „angemessenen Dauer“, die nicht überschritten werden darf und verweist auf die Richtlinien des Verwaltungsrats. Dies ist insofern sehr problematisch, da die Richtlinien des Verwaltungsrats keinerlei Gesetzescharakter besitzen, nicht veröffentlicht werden und für Arbeitslose nicht einsehbar sind. Eine Verweisung auf solche Richtlinien ist außerdem verfassungsrechtlich bedenklich. Hier wird wohl die Judikatur noch einiges klarstellen müssen.

Durch Beschwerden beim Verwaltungsgerichtshof konnte außerdem erreicht werden, dass das AMS, bevor eine Arbeitslose/ein Arbeitsloser zu einem Kurs geschickt werden darf, diese/n über die Inhalte aufklären und auch begründen muss, warum dieser Kurs für die/den betroffene/n Arbeitslose/n notwendig ist. Diese Begründungspflicht wird nun durch das neue Gesetz eingeschränkt. So kann eine Aufklärung über die Gründe für die Notwendigkeit einer Maßnahme unterbleiben, wenn „diese aufgrund vorliegender Umstände, wie insbesondere lange Arbeitslosigkeit in Verbindung mit bestimmten, z.B. im Betreuungsplan erörterten Problemlagen als bekannt angenommen werden können“. Hier werden zahlreiche Unsicherheiten auftreten, ab wann der Begründungspflicht in ausreichender Form nachgegangen wurde.

Ausbildungen nun leichter möglich

Positiv ist, dass nun ein Studium oder ein geregelter Lehrgang ohne Verlust des Arbeitslosengeldbezuges möglich ist. Allerdings muss das AMS auf die Zeiten der Ausbildung nicht Rücksicht nehmen, was bedeutet, dass eine Zuweisung zu einer Arbeitsstelle auch möglich ist, wenn diese sich z.B. mit einer Pflichtübung an der Uni überschneidet. Aber doch ist diese Regelung ein großer Fortschritt gegenüber dem bisherigen Status quo, wo in den meisten Fällen eine Exmatrikulation notwendig war, damit Arbeitslosengeldbezug möglich ist.

Weiterbildungskarenz massiv verbessert

Für die Inanspruchnahme der Bildungskarenz ist künftig nur noch ein Jahr Betriebszugehörigkeit statt bisher drei Jahre notwendig. Auch für Saisonbeschäftigte gibt es zukünftig die Möglichkeit, in Bildungskarenz zu gehen. Es ist auch möglich, diese Bildungskarenz bei modularen Ausbildungen über maximal vier Jahre aufzuteilen, wobei jeder Ausbildungsblock mindestens drei Monate pro Jahr umfassen muss. Massive Verbesserung bringt auch die existenzielle Absicherung bei der Bildungskarenz. Zukünftig gilt das fiktive Arbeitslosengeld als Höhe des Bildungskarenz-

geldes und die Höhe des Kinderbetreuungsgeldes ist nur noch die Untergrenze. Diese neue Regelung gilt für alle ab 1.1.2008 in Bildungskarenz befindlichen Menschen, d.h. auch viele, die bereits in Bildungskarenz sind, bekommen ab 1.1.2008 ein höheres Bildungskarenzgeld.

Ab 2009 werden auch die Rahmenfristen für die Wiederinanspruchnahme von Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe von drei auf fünf Jahre ausgedehnt, was vor allem bei länger dauernden Ausbildungen oder bei Arbeiten im Ausland einen großen Fortschritt darstellt. Familienzuschlag gibt es zukünftig nur noch bei Anspruch auf Familienbeihilfe, was leider bedeutet, dass vor allem Asylwerber/innen zukünftig keinerlei Anspruch auf diesen Zuschuss haben.

Datenverarbeitung ausgeweitet

Viel mehr Daten dürfen zukünftig erhoben und ewig gespeichert werden. Es ist zwar noch gelungen, einige Datenverarbeitungsmöglichkeiten einzuschränken, aber trotzdem sind zahlreiche persönliche Daten speicherbar. So werden z.B. das Partner/inneneinkommen, die Gesundheitsdaten – auch diejenigen des/der Partners/Partnerin, Teilnahme bei Streiks oder Gründe für das Nicht-Zustandekommen von Arbeitsverhältnissen gespeichert. Außerdem hat das AMS die Möglichkeit zur Weitergabe von Daten. Gesundheitsdaten dürfen nur eingeschränkt weitergegeben werden und die Weitergabe ist zu protokollieren. An Arbeitgeber/innen dürfen keinerlei Gesundheitsdaten weitergegeben werden.

Perspektiven statt Sanktion

Resümierend muss gesagt werden, das neue Gesetz bringt durchaus einige Besserstellungen, birgt jedoch auch viele Gefahren für Arbeitslose in sich. Es bleiben weiterhin wichtige Forderungen, wie ein Anspruch auf existenzsichernde Leistungen, der Wegfall der Partner/inneneinkommensanrechnung bei der Notstandshilfe oder die dringende Personalaufstockung beim AMS, offen. Motivation und Perspektivenplanung müssen das Ziel der Betreuung sein und nicht Drohung mit Sanktion. Auch das Recht auf Aus- und Weiterbildung statt Zwang zu Maßnahmen und der zweite Arbeitsmarkt als Chance statt als Überprüfungsinstanz sind Schritte, die noch dringend anstehen.

*Dagmar Andree
Arbeiterkammer ÖÖ*

WIFO prognostiziert Konjunkturabschwächung

Das Wachstum der österreichischen Wirtschaft schwächt sich von real 3,4 Prozent im Jahr 2007 auf 2,2 Prozent im Jahr 2008 ab, prognostiziert das Wirtschaftsforschungsinstitut. Dies geht überwiegend auf eine Verschlechterung der internationalen Rahmenbedingungen zurück. Zudem verlangsamt sich in Österreich die Ausweitung der Investitionen und der private Konsum kann aufgrund der geringen Steigerung der Realeinkommen keine tragende Rolle für die Konjunktur übernehmen. Dazu trägt auch die markante Erhöhung der Inflationsrate bei. Aufgrund der Verlangsamung des Wirtschaftswachstums verharrt die Arbeitslosenquote bei 6,25 Prozent der Erwerbspersonen (bzw. 4,25 Prozent laut Eurostat).

Österreichs Exportindustrie verzeichnete in den Jahren 2006 und 2007 einen Boom. Sie profitierte von der günstigen Lage der Weltwirtschaft, ihrer guten Marktposition in den rasch wachsenden Volkswirtschaften Ost- und Südosteuropas sowie ihrer hohen preislichen Wettbewerbsfähigkeit. Warenexport und Sachgütererzeugung wurden real um 7 bis 8 Prozent ausgeweitet – so stark, dass sogar die Zahl der Industriebeschäftigten stieg. Der Höhepunkt der Konjunktur wurde im ersten Halbjahr 2007 überschritten. Frühindikatoren wie der WIFO-Konjunkturtest kündigen eine allmähliche Abschwächung dieses Booms an, vor allem weil sich seit dem Sommer 2007 die internationalen Rahmenbedingungen verschlechtern:

- Ausgehend von einem Einbruch der Wohnbauinvestitionen und der Hauspreise lassen die Konsumnachfrage und das Wirtschaftswachstum in den USA nach, das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird 2008 und 2009 real um nur gut 1,5 Prozent pro Jahr wachsen.
- Die Vertrauens- und Kreditkrise auf den internationalen Finanzmärkten hält an, Kredite werden knapper, die Finanzierungsbedingungen verschlechtern sich und die Unsicherheit steigt – dies bremst die Investitionen.
- Die markante Aufwertung des Euro beeinträchtigt die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und schwächt damit das wichtigste Standbein der Konjunktur im Euro-Raum. Die Wachstums- und

Zinsdifferenzen zwischen den USA und Europa machen eine Fortsetzung der Dollarabwertung wahrscheinlich. Die Wirtschaft dürfte im Euro-Raum im Jahr 2008 real nur noch um 1,9 Prozent und im Jahr 2009 um 1,7 Prozent wachsen.

- Allerdings treffen diese dämpfenden Effekte die Weltwirtschaft in einer Expansionsphase, die vor allem von den asiatischen Schwellenländern getragen wird. Das Wachstum der Weltwirtschaft dürfte sich von real gut 5 Prozent (2007) auf etwa 4,5 Prozent abschwächen.

Das WIFO nimmt deshalb an, dass sich das Wachstum der österreichischen Ausfuhr im Prognosezeitraum etwas verlangsamt. Der Export von Gütern und Dienstleistungen dürfte real um 5,5 Prozent pro Jahr zunehmen. In der Folge wird auch der Boom in der Sachgütererzeugung abflauen, das Wachstum der Wertschöpfung verringert sich auf etwa 3 Prozent pro Jahr. Die gute Exportkonjunktur übertrug sich schon im Jahr 2007 weniger als erwartet auf die Ausrüstungsinvestitionen, die trotz hoher Unternehmensgewinne real um nur 5 Prozent zunahm. Die ersten Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Herbst 2007 lassen bereits für das Jahr 2008 eine Verlangsamung des Wachstums der Investitionsaktivitäten erkennen. Dies gilt auch für die Bauwirtschaft, deren Boom 2006 und 2007 nicht nur eine kräftige Ausweitung der Beschäftigung, sondern auch starke Preiserhöhungen auslöste.

Einkommenszuwächse werden durch Preisaufrtrieb kompensiert

Im Gegensatz zur Hochkonjunktur der Jahre 1998 bis 2000 hat sich im Aufschwung 2006 und 2007 die Konjunktur nie auf die Konsumnachfrage der privaten Haushalte übertragen, das Konsumwachstum schwächte sich zuletzt sogar auf nur noch 1,6 Prozent ab. Auch für 2008 kann trotz höherer Lohnrunden keine markante Ausweitung der Haushaltsausgaben erwartet werden. Die Einkommenszuwächse werden durch eine merkliche Beschleunigung des Preisaufrtriebs kompensiert – die Inflationsrate wird in den kommenden Monaten auf über 3 Prozent steigen und im Jahresdurchschnitt 2008 2,6 Prozent betragen. Der kräftige Preisaufrtrieb geht vor allem auf den starken Anstieg der Kosten von Nahrungsmitteln und Energie zurück. Dies wirkt deshalb besonders konsumdämpfend, weil diese Bereiche in den Haushaltsausgaben der unteren, konsumfreudigen Einkommensschichten außerordentlich großes Gewicht haben. Die Konsumnachfrage dürfte im Prognosezeitraum real um nur 1,9 Prozent zunehmen.

Hauptergebnisse der Prognose		2004	2005	2006	2007	2008	2009
		Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt							
Real		+ 2,3	+ 2,0	+ 3,3	+ 3,4	+ 2,2	+ 2,0
Nominell		+ 4,4	+ 3,9	+ 5,1	+ 5,8	+ 4,6	+ 4,0
Sachgütererzeugung ¹⁾ , real		+ 2,4	+ 3,1	+ 8,8	+ 7,8	+ 3,3	+ 3,0
Handel, real		+ 1,1	+ 0,2	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,8	+ 1,8
Private Konsumausgaben, real		+ 1,8	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,9
Bruttoanlageinvestitionen, real		+ 0,1	+ 0,3	+ 3,8	+ 5,0	+ 2,5	+ 1,9
Ausrüstungen ²⁾		- 1,4	+ 0,7	+ 2,1	+ 5,0	+ 2,5	+ 1,0
Bauten		+ 1,3	+ 0,1	+ 5,1	+ 5,0	+ 2,5	+ 2,5
Warenexporte ³⁾							
Real		+ 12,5	+ 3,2	+ 6,8	+ 8,0	+ 6,3	+ 6,0
Nominell		+ 13,9	+ 5,4	+ 9,5	+ 9,8	+ 7,3	+ 6,5
Warenimporte ³⁾							
Real		+ 11,7	+ 2,8	+ 3,8	+ 7,1	+ 6,2	+ 5,9
Nominell		+ 12,5	+ 5,9	+ 8,0	+ 8,4	+ 7,5	+ 6,6
Leistungsbilanzsaldo ⁴⁾		Mrd.	+ 3,99	+ 5,16	+ 7,11	+ 9,32	+ 10,11
	in % des BIP		+ 1,7	+ 2,1	+ 2,8	+ 3,4	+ 3,4
Sekundärmarktrendite ⁵⁾		in %	4,2	3,4	3,8	4,3	4,4
Verbraucherpreise			+ 2,1	+ 2,3	+ 1,5	+ 2,1	+ 2,1
Arbeitslosenquote							
In % der Erwerbspersonen (Eurostat) ⁶⁾		4,8	5,2	4,8	4,3	4,2	4,3
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁷⁾		7,1	7,3	6,8	6,2	6,2	6,3
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁸⁾			+ 0,7	+ 1,0	+ 1,7	+ 2,0	+ 0,9
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)		in % des BIP	- 1,2	- 1,6	- 1,4	- 0,6	- 0,6

Q: WIFO-Konjunkturprognose. 1) Nettoproduktionswert, einschließlich Bergbau. 2) Einschließlich sonstiger Anlagen.
3) Laut Statistik Austria. 4) Neue Berechnungsmethode. 5) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). 6) Labour Force Survey. 7) Laut Arbeitsmarktservice. 8) Ohne Bezug von Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld, ohne Präsenzdienst, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste arbeitslose Personen in Schulung.

Die Abschwächung des Wirtschaftswachstums bringt eine Verlangsamung des Beschäftigungsanstiegs mit sich. Die Zahl der aktiv unselbständig Beschäftigten dürfte im Jahr 2008 um 30.000 und 2009 um 22.000 Personen zunehmen. Dies ist zu wenig, um bei stetigem Wachstum der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, steigenden Erwerbsquoten und anhaltendem Zustrom an ausländischen Arbeitskräften die Zahl der Arbeitslosen zu verringern. Das WIFO prognostiziert für die Jahresdurchschnitte 2008 und 2009 eine Arbeitslosenzahl von gut 220.000; das entspricht einer Arbeitslosenquote von 6,25 Prozent der unselbständigen Erwerbspersonen laut traditioneller österreichischer Berechnungsmethode bzw. 4,25 Prozent der Erwerbspersonen laut Eurostat.

Die Dämpfung des Beschäftigungs- und Gewinnwachstums bringt mit einer gewissen Verzögerung auch eine Verringerung der Dynamik der Staatseinnahmen mit sich. Gleichzeitig hat die Bundesregierung zusätzliche Ausgaben in den Bereichen Forschung, Bildung und soziale Absicherung beschlossen. Das WIFO erwartet, dass sich der Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte laut Maastricht-Definition bei etwa -0,6 Prozent des BIP stabilisieren wird. Vor allem für das Jahr 2009 muss dieser Ausblick aber

vage bleiben, da noch kein Budgetvoranschlag der Gebietskörperschaften vorliegt.

Abbau der Arbeitslosigkeit wenig wahrscheinlich

Die schwache Übertragung der ausgezeichneten Exportkonjunktur auf die Investitionstätigkeit, das Ausbleiben einer Beschleunigung der Konsumnachfrage der privaten Haushalte und die Auswirkungen der Krise auf den internationalen Finanzmärkten bremsen den heimischen Konjunkturaufschwung früher als erhofft. Das Wirtschaftswachstum wird zwar die Rate des Euro-Raums neuerlich übersteigen, aber bereits leicht unter den langjährigen österreichischen Durchschnitt sinken. Damit ist ein weiterer Abbau der Arbeitslosigkeit und des Budgetdefizits wenig wahrscheinlich. Sollten sich die externen Rahmenbedingungen noch deutlicher verschlechtern, dann besteht das Risiko einer stärkeren Konjunkturabschwächung als hier unterstellt.

Quelle: Prognose für 2008 und 2009: Wirtschaftswachstum verlangsamt sich. WIFO-Presseaussendung vom 20. Dezember 2007

Mitbestimmung und Gewalt an Schulen

Das Institut für Soziologie der Universität Linz beschäftigt seit mehreren Jahren mit der Frage, wie Gewalt an Schulen vorgebeugt werden kann. Ausgehend von den wegweisenden experimentellen Studien von Kurt Lewin und MitarbeiterInnen (Lewin u.a. 1939) wurde untersucht, ob Mitbestimmung – bei Lewin demokratische Erziehung – Gewaltbereitschaft und Gewaltausübung reduzieren kann. Mit demokratischer Erziehung ist dabei gemeint, dass gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen in einem demokratischen Prozess Ziele formuliert, Pläne zur Umsetzung entwickelt und anschließend realisiert werden. An dem Prozess nehmen alle Personen gleichberechtigt teil. Die bisherigen Ergebnisse bestätigen die Forschungsbefunde von Kurt Lewin und MitarbeiterInnen: Demokratische Erziehung stärkt das Selbstwertgefühl, die Selbstwirksamkeit und das Solidaritätsempfinden der SchülerInnen und reduziert damit Gewaltbereitschaft, Gewaltausübung und Gewalterfahrung.

Durchgeführt wurden bisher insgesamt drei Studien:

- *Studie I (zusammenfassend Bacher u.a. 1999a, 1999b). Befragung von TeilnehmerInnen an Partizipationsprojekten in Österreich:* Befragt wurden im Jahr 1998 österreichweit 269 Jugendliche im Alter von 13 bis 20 Jahren, die in den Jahren 1995 bis 1997 an einem schulischen oder außerschulischen Partizipationsprojekt teilnahmen. Untersucht wurden die Auswirkungen auf das demokratische Bewusstsein und das politische Interesse auf personale Bewältigungs- und Entfaltungskompetenzen und das Solidaritätsempfinden. Die Ergebnisse zeigen, dass bei 85,4 Prozent der teilnehmenden Jugendlichen das demokratische Bewusstsein gestärkt wurde, dass 82,4 Prozent durch die Teilnahme Kompetenzen zur Bewältigung von Problemen und Entwicklungsaufgaben (wie Selbstvertrauen, Teamfähigkeit usw.) erworben haben und dass sich bei 82,2 Prozent die solidarische Grundorientierung verstärkt hat.
- *Studie II (zusammenfassend Bacher u.a. 2007). Auswertung der 2. Welle des Kinderpanels des*

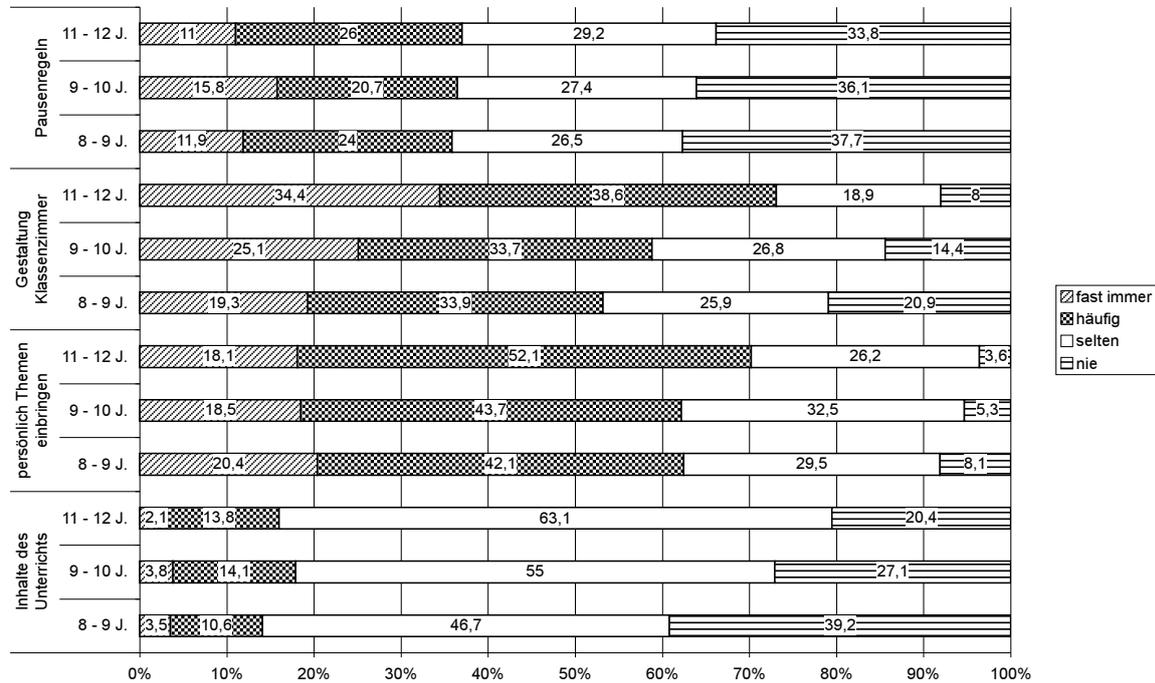
Deutschen Jugendinstituts: Analysiert wurden der Umfang der Mitbestimmung von ca. 720 9- bis 10jährigen Kindern in der Grundschule, Unterschiede nach sozialer Schicht, Schulform und anderer Merkmale und mögliche Auswirkungen. Bezüglich der Unterrichtsinhalte berichten die befragten Kinder geringere Mitbestimmungsmöglichkeiten. Nur etwa 18 Prozent nannten diese Möglichkeit („fast immer“ und „häufig“). Deutliche höhere Werte von ca. 60 Prozent ergeben sich für die Mitbestimmung bei der Gestaltung des Klassenzimmers und für das Einbringen von persönlichen Themen in den Unterricht. Bei der Pausenreglung sinkt dieser Wert auf 37 Prozent (siehe Abbildung 1).

- *Studie III (Weber u.a. 2007). Auswertung der 3. Welle der Kinderpanels des Deutschen Jugendinstituts:* Ergänzend zur zweiten Studie konnten die schulischen Mitbestimmungsmöglichkeiten von ca. 650 jüngeren Kindern (8 bis 9 Jahre) und von ca. 610 älteren SchülerInnen (11 bis 12 Jahre) analysiert werden. Die Ergebnisse entsprechen in der Struktur jenen der zweiten Studie. Die Mitbestimmungsmöglichkeiten nehmen in Teilbereichen mit dem Alter zu (siehe Abbildung 1). Bei den Pausenreglungen gibt es dagegen keine Veränderungen.

Zwischen schulischen Mitbestimmungsmöglichkeiten, Schulleistungen, Gewalterfahrungen und Verhaltensauffälligkeiten werden – mit Ausnahme der jüngsten Kohorte – klare Zusammenhänge ermittelt (siehe Abbildung 2). Schulische Mitbestimmung und Schulleistungen korrelieren positiv, während zu Gewalterfahrungen, Externalisierung („Verhaltensauffälligkeiten“) und zur motorischen Unruhe negative Korrelationen bestehen. Ein starker Zusammenhang der schulischen Mitbestimmung tritt bei der kognitiven und sozialen Aufgeschlossenheit und den Schulleistungen auf. Kognitive und soziale Aufgeschlossenheit misst Offenheit für neue soziale Kontakte, Empathie, rasche Auffassungsgabe und Kreativität.

Die Ergebnisse stimmen mit anderen Studien überein, so z.B. mit der Studie von Dürr (2007) oder mit den Untersuchungen zur moralischen Urteilsbildung von Nunner-Winkler (2003). Dürr (2007) analysiert die Mitwirkung von SchülerInnen der Sekundarstufe I unter dem Aspekt des Empowerment. Mitbestimmung versteht er als eine Dimension des Empowerment. Er weist nach, dass diese Kinder in Schulen mit einem hohen Empowerment über mehr Fähigkeiten verfügen, Probleme und Aufgaben produktiv zu verarbeiten. Eindeutig dazu auch das Resümee von Gertrude

Abbildung 1: Schulische Partizipation bei unterschiedlichen Altersgruppen



9 – 10 Jahre = Studie II, andere Alterskategorien = Studie III

Lesehilfe: 3,5 Prozent der 8 bis 9jährigen geben an, dass sie fast immer Inhalte des Unterrichts bestimmen dürfen, 10,8 Prozent wählen die Kategorie „häufig“, 46,7 Prozent antworten mit „selten“ und 39,2 Prozent mit „nie“.

Nunner-Winkler aus ihren Studien zur moralischen Entwicklung:

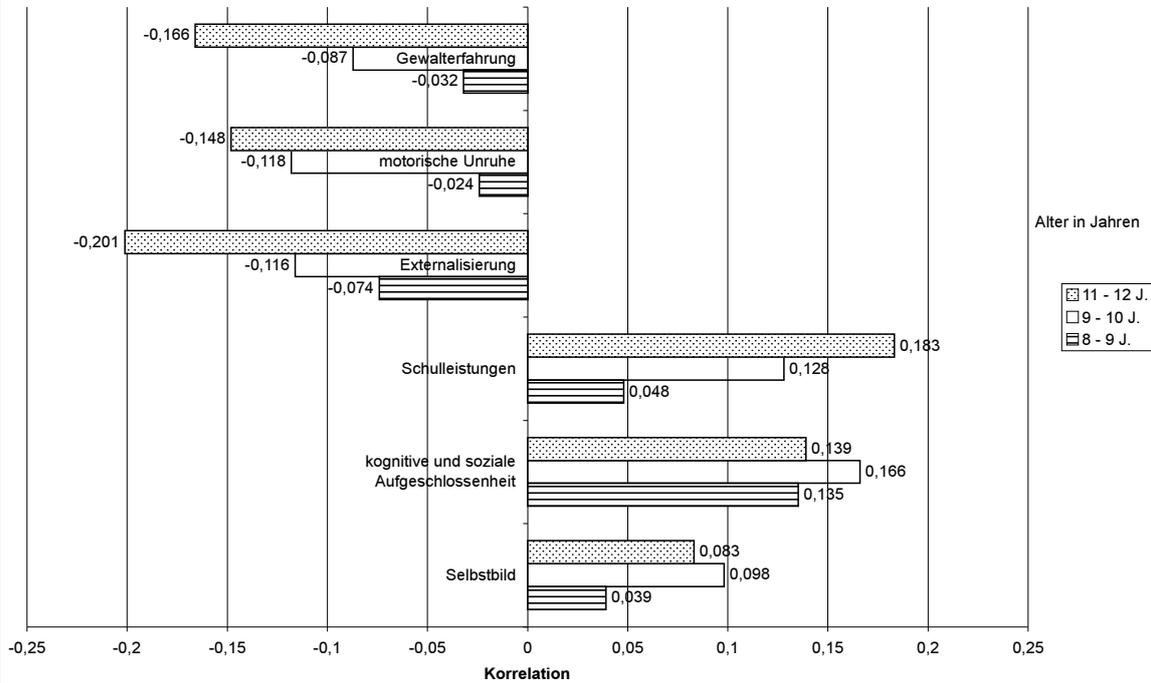
„Etliche Studien zeigen: Wenn Schüler gleichberechtigt an der Setzung und Kontrolle der Regeln des Zusammenlebens und an fairer Konfliktschlichtung beteiligt werden (just community, round table), fühlen sie sich stärker als in herkömmlichen Schulen füreinander verantwortlich und handeln entsprechend. Auch Gewalt und Vandalismus gehen deutlich zurück.“ (Nunner-Winkler 2003, 115).

Die oben genannten Studien des Instituts für Soziologie der Universität Linz geben auch Auskunft darüber, welche Rahmenbedingungen erfüllt sein müssen, damit Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen eine positive Wirkung entfaltet. Ein wichtiger Faktor ist, dass Kinder und Jugendliche ernst genommen und als gleichberechtigte Partner/innen behandelt werden. Wichtig ist ferner, dass eine klare Arbeitsteilung entwickelt wird, die Kinder und Jugendlichen bei ihren Vorhaben von Erwachsenen unterstützt werden und ein positives Feedback erhalten. Negativ wirkt

sich aus, wenn Kinder und Jugendliche das Gefühl haben, manipuliert zu werden. In Studie II ergab sich zudem ein Effekt der Klassengröße. In Klassen mit mehr als 19 SchülerInnen ging die schulische Mitbestimmung zurück.

Ein häufig geäußerter Kritikpunkt, dass Mitbestimmungsprojekte einen Mittelschichtbias haben, wird in den beiden ersten Studien entkräftet. Es ergaben sich keine Zusammenhänge mit der sozialen Herkunft. Auch Dürr (2007) ermittelte für Österreich keine Unterschiede nach Schultyp. Hauptschulen und AHS-Unterstufen unterscheiden sich nicht im Umfang der Mitwirkung. Im Unterschied dazu wurde für die Studie II ein Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und schulischer Mitbestimmung ermittelt. Dabei zeigte sich, dass die soziale Schicht primär indirekt über die Mitbestimmung in der Familie und die Fähigkeiten und Kompetenzen, die Kinder mitbringen, wirkt. Kinder aus höheren sozialen Schichten sind sozial und kognitiv aufgeschlossener und genießen vermehrt familiäre Mitbestimmungsmöglichkeiten, was

Abbildung 2: Zusammenhänge der schulischen Mitbestimmung mit Schulleistungen, Verhaltensauffälligkeiten, Gewalterfahrungen und Fähigkeiten



Lesehilfe: In der Gruppe der 11- bis 12jährigen korrelieren Gewalterfahrungen und Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Schule negativ mit -0,166. Für sozialwissenschaftliche Befragungen ein beachtenswerter Wert.

sich in der Folge positiv auf die schulische Partizipation auswirkt, da die Lehrkräfte an diese Fähigkeiten und Erfahrungen anknüpfen. Ein Schichtbias kann also nicht ausgeschlossen werden. Dennoch verdeutlichen die Befunde auch, dass Kinder und Jugendliche unterschiedlicher sozialer Herkunft in Projekte einbezogen werden können.

Die Studien zeigen des Weiteren, dass Mitbestimmung bereits in der Volksschule möglich ist; ein Sachverhalt, auf den auch Kurt und Gertrud Lewin (Lewin/Lewin 1982[1942]) bereits vor mehr als 60 Jahren hingewiesen haben. Zusammenhänge mit Persönlichkeitsmerkmalen, Schulleistungen und Verhaltensweisen sind aber erst bei älteren Kindern ab 9 Jahren feststellbar. Möglicherweise deshalb, da Persönlichkeitsmerkmale im Alter von 8 oder 9 Jahren noch nicht stabil sind und eine Befragung dieser Altersgruppen noch problematisch ist.

Aus den Studien ergeben sich somit klare Hinweise für eine Gewaltprävention an Schulen: Gefordert ist mehr Mitbestimmung / demokratische Erziehung als

bisher. In Bezug auf die in den Medien oft diskutierten Verhaltensregeln heißt dies, dass diese gemeinsam mit den Kindern als gleichberechtigte PartnerInnen entwickelt werden müssen. Die bloße Vorgabe macht wenig Sinn.

Zu überlegen wären auch Strukturen, die Eltern als weitere Akteure in den demokratischen Entscheidungsprozess einbeziehen. Durch demokratische Erziehung lassen sich nicht alle Verhaltensauffälligkeiten und Gewaltprobleme an Schulen lösen. Für die kleine Gruppe der sehr problematischen Kinder und Jugendlichen („Intensivtäter“) sind spezielle Therapieformen erforderlich. Wobei auch hier gilt, dass das Lernumfeld der Kinder und Jugendlichen geändert werden muss und nicht nur die Verhaltensweisen des Kindes bzw. des Jugendlichen (Schumann 2001). Eltern sollten dabei aktiv beteiligt werden und wo dies nicht möglich ist, sind Formen der Fremdunterbringung zu überlegen.

Erwähnt werden sollen noch zwei weitere Voraussetzungen, auf die Kurt und Gertrud Lewin mit Nach-

druck hinweisen, nämlich demokratische Strukturen und demokratisches Bewusstsein in allen gesellschaftlichen Teilbereichen. Eine weitere Voraussetzung sind ganztägige Schulformen – sie vergrößern den zeitlichen Rahmen und erleichtern dadurch Mitbestimmungsprojekte. Allerdings führen ganztägige Betreuungsangebote an den Schulen nicht zwingend zu mehr Mitbestimmung, wie die Studien II und III zeigen. Es kommt hier vermutlich auf die Verschränkung des Vormittags und Nachmittags an.

Soziale Deklassierungen und soziale Etikettierungen (Eckert 2001; Tillmann u.a. 1999) stellen eine weitere zentrale Ursache von Gewalt dar. Damit sind Prozesse des Abstempeln von Kindern und Jugendlichen als Außenseiter, das Abstufen in eine schlechtere Leistungsgruppe, das Versetzen in eine Schule mit geringerer Reputation (z.B. von der AHS in eine HS) usw. gemeint, die Frustrationen und in der Folge Gewalt erzeugen. Zur Vermeidung dieser Ursache sind strukturelle Reformen im Schulbereich erforderlich. In einer gemeinsamen Schule für alle Kinder sind Deklassierungsprozesse strukturell nicht mehr möglich. Allerdings ist darauf zu achten, dass keine Deklassierungs- und Etikettierungsprozesse in der Schule stattfinden.

*Johann Bacher
Institut für Soziologie, Universität Linz*

Literatur

- Bacher, J./Gerich, J./Lehner, R./Straßmeier, M./Wilk, L., 1999a: Auswirkungen kommunaler Jugendbeteiligungsprojekte. Dritter Bericht zur Lage der Jugend in Österreich. Teil C. BMUJF. Wien.
- Bacher, J./Gerich, J./Lehner, R./Straßmeier, M./Wilk, L.,

- 1999b: Auswirkungen kommunaler Jugendbeteiligungsprojekte. In: Friesl, Hahn, Heinzlmaier, Klein (Hrsg.): Erlebniswelten + Gestaltungsräume. Graz, Wien, 213-238.
- Bacher, J./Winklhofer, U./Teubner, M., 2007: Partizipation von Kindern in der Grundschule. In: Alt, Chr. (Hg.): Kinderleben – Start in die Grundschule. Band 3: Ergebnisse aus der zweiten Welle. Wiesbaden, S. 271-299.
- Dürr, W., 2007: Partizipation und Empowerment: Die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung verbessern. 10. Wissenschaftliche Tagung der Österreichischen Gesellschaft für Public Health, Linz.
- Eckert, R., 2001: Auf der Schattenseite der Meritokratie – Jugenddelinquenz und Bildungspolitik. In Albrecht, G./Backes, O./Kühnel, W., (Hg.): Gewaltkriminalität zwischen Mythos und Realität. Frankfurt a.M., 458-474
- Lewin, K. / Lippert, R. / White, R., 1939: Patterns of aggressive behavior in experimentally created "social climates". Journal of Social Psychology, Vol. 10, S. 271-200.
- Lewin, K./Lewin, G., 1982 [1942]: Demokratie und Schule. In: Graumann (Hrsg.): Kurt Lewin-Werkausgabe, Band 6: Psychologie der Entwicklung und Erziehung, Stuttgart, S. 285-291.
- Nunner-Winkler, G., 2003: Moralischer Wandel – moralisches Lernen. In: Killius, N./Kluge, J./Reisch, L., (Hg.): Die Bildung der Zukunft. Frankfurt a.M., 111-115.
- Schumann, K. F., 2001: Experimente in Kriminalitätsprävention. In: Albrecht, G./Backes, O./Kühnel, W., (Hg.): Gewaltkriminalität zwischen Mythos und Realität. Frankfurt a.M., 435-457
- Tillmann, K./Holler-Nowitzki, B./Holtappels, H. G./Meier, U./Popp, U., 1999: Schülerschuld als Schulproblem. Bedingungen, Erscheinungsformen und pädagogische Handlungsperspektiven. Weinheim.
- Weber, Chr./Winklhofer, U./Bacher, J., 2007: Partizipation von Kindern in der Grund- und Sekundarschule. Erscheint in einem von Chr. Alt herausgegebenen Sammelband zum Kinderpanel des DJI.

Demokratiepreis 2008

Die Margaretha Lupac-Stiftung für Parlamentarismus und Demokratie schreibt den Demokratiepreis 2008 aus. Der Preis kann auf bis zu drei Bewerbungen aufgeteilt werden und beträgt insgesamt 15.000 Euro. Einreichtermin ist der 15. März 2008 (Datum des Poststempels).

Ausgezeichnet werden Personen oder Einrichtungen, die sich im Rahmen ihres Lebenswerkes bzw. in ihrer täglichen Arbeit für Demokratie / Geschlechterdemokratie / Minderheitenrechte engagieren oder sich für den Dialog in der politischen Auseinandersetzung, in der Kunst und in

gesellschaftlichen Fragen als Ausdruck der Toleranz und der Integration einsetzen. Mit der Ausschreibung des Demokratiepreises 2008 will das Parlament insbesondere einen Beitrag nicht nur zur Schärfung des historischen Gedächtnisses, sondern vor allem zur Bedeutung der Grundpfeiler der parlamentarischen Demokratie in Österreich leisten.

Nähere Informationen und Bewerbungsunterlagen für die Ausschreibung erhalten Sie unter: Margaretha Lupac-Stiftung für Parlamentarismus und Demokratie, Dr. Karl Renner Ring 3, 1017 Wien, Tel.: 01 / 401 10 2572, e-mail: lupacstiftung@parlament.gv.at

Initiative für kritischen Diskurs in der Sozialpolitik

2006 feierte EXIT-sozial sein 25jähriges Bestehen. Die Fachtagung „Markt statt Zuwendung und Solidarität“ war die Geburtsstunde der „Linzer Initiative“. Anknüpfend an die Erfahrungen in Deutschland, insbesondere die Soltauer Impulse, bildete sich auch in Linz eine Gruppe engagierter Personen, die mit großer Sorge die derzeitigen Entwicklungen im Sozial- und Gesundheitsbereich beobachten, kritisch hinterfragen und an einer Veränderung Interesse haben. Erstes Arbeitsergebnis der Initiative ist die nachstehend auszugsweise vorgestellte Leitidee.

Die Linzer Initiative definiert sich als Netzwerk aus MitarbeiterInnen von sozialen Einrichtungen, denen ein solidarisches, bedürfnisorientiertes Sozialsystem ein dringendes Anliegen ist. Dessen neoliberaler Umgestaltung tritt man entschieden entgegen, weil man nicht zu HandlangerInnen einer Sozialpolitik werden wolle, die Menschen entrechtet, benachteiligt und demütigt. Ziel ist es laut Mit-Initiatorin Ulrike Gomersky unter anderem, über Medien die entsprechenden Inhalte zu transportieren und damit auf die Politik einzuwirken.

Leitidee der Linzer Initiative

Nach Ansicht der InitiatorInnen führt die gegenwärtige gesellschafts- und sozialpolitische Entwicklung zu einer Reihe von problematischen Phänomenen:

Verteilungsgerechtigkeit und Armut

Reichtum soll nach herrschender Auffassung auf den globalen Finanzmärkten unbeschränkt und unkontrolliert weiteren Reichtum lukrieren. Vermögen wird nicht mehr investiert und damit dem gesellschaftlichen Nutzen entzogen. Konsequenz werden die Mittel für eine angemessene Sozialfürsorge reduziert. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Armen auch in den reichen Ländern des Nordens zu.

Entsolidarisierung

In der sich abzeichnenden post-sozialen Ära wird einer neuen Form der Konkurrenz gehuldigt, der Fusion der Großen gegen die Vielzahl der Kleinen. Diese Struktur beginnt in alle Lebensbereiche einzudringen. Alt gegen Jung, Besitzende gegen Arme, InländerInnen gegen ZuwandererInnen ... Das Ziel von privile-

gierten Gruppen, ihren Besitzstand zu wahren oder zu mehren, hat die Abkehr von allen, die teilhaben möchten, zur Folge. Dies führt zum Ausschluss von ganzen Gruppen von benachteiligten Menschen. Aufgabe von Politik wäre es allerdings, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es ermöglichen, Gesellschaft gemeinsam zu gestalten. Mitsprache und Partizipation werden als unabdingbare Grundlagen erachtet, um Verteilungsgerechtigkeit, Chancenausgleich und Interessenswahrnehmung dauerhaft sicher zu stellen.

Risikenübertragung an den Einzelnen und individuelle Schuldzuweisungen

Der sich verschärfenden Spaltung in der Gesellschaft entspricht auch, dass sie immer größeren, einflussreichen Gruppen von Menschen erlaubt, in Verhältnissen zu leben, in welchen sie auf eine gemeinschaftliche Risikostreuung verzichten können. Die Eigenvorsorge rückt damit als zentrale Aufgabe aller ins Zentrum des Lebens. Während die Bereitschaft zur solidarischen Vorsorge schwindet, steigt das Lebensrisiko für einzelne Gruppen – Alleinerziehende, unfreiwillig Teilzeitbeschäftigte, EinzelunternehmerInnen, Arbeitslose, MigrantInnen, Working Poor – stark an. Umgehungsverträge am Arbeitsmarkt, Sub-Unternehmensstrategien und Leasingarbeit breiten sich aus und zwingen Menschen zu kurzfristigen, fraktionierten und perspektivenarmen Lebensentwürfen.

Hierarchisierung und Entdemokratisierung von Strukturen

Der Effizienzforderung folgen soziale Dienstleistungsunternehmen mit zunehmender Hierarchisierung und damit einhergehender Einengung und Beschränkung. Die vorhandenen betrieblichen und kollegialen Strukturen werden weitgehend zu Gunsten einer ausufernden Bürokratisierung aufgegeben und demokratische Aushandlungsprozesse werden durch Anordnungsverfahren ersetzt. Der Blick für gesellschaftliche Veränderungen wird dem Kostendruck geopfert, die im Sozialbereich arbeitenden Berufsgruppen werden zu VerwalterInnen des erzeugten und gewollten Mangels degradiert.

Betriebswirtschaftliche Prämissen in der Leistungserbringung

Ausgaben für soziale Dienstleistungen müssen sich nunmehr rechnen. Die Leistungseinheit muss monetär bewertet werden, Konkurrenz und Preisdumping zwischen den MarktteilnehmerInnen werden bewusst in Kauf genommen oder sogar gefördert. Es entsteht eine Dynamik nach unten hinsichtlich Qualität und Sorgfalt, Vielfalt und Arbeitsfreude. Das hat seinen

Preis, denn Hilfe, Schutz für Schwächere, Stärkung der Selbstvertretung, Strategie- und Entwicklungsarbeit sind nicht in Leistungspakete zu schnüren, da die Leistung aus Zuwenden, miteinander Handeln, aus miteinander Scheitern und wieder neu Beginnen besteht. Individuellen Bedürfnissen wird in normierter Hilfe nicht mehr entsprochen. Hilfebedürftige sind nicht KundInnen auf einem Markt sozialer Wettbewerber. Sie sind BürgerInnen, die die Unterstützung der Gemeinschaft vorübergehend oder auf Dauer brauchen, um in dieser Gesellschaft leben zu können.

Erhöhter Leistungsdruck

Während sich viele Personen, die in sozialen Einrichtungen Unterstützung suchen, den an sie gestellten Anforderungen (Schule, Beruf, Beziehungen,...) nicht mehr gewachsen fühlen, vergrößert sich auch die Gruppe jener, die diesen Anforderungen noch nie genügen konnten. Maßnahmen von Behandlung, Betreuung und Rehabilitation sind zunehmend ergebnisorientiert formuliert und werden vermehrt in Relation zum Kostenaufwand gesehen. Nichtmateriellen Werten, wie ein Leben unter erschwerten Bedingungen bewältigen oder eine Vielfalt von Lebensmöglichkeiten kreieren, wird keine gesellschaftliche Bedeutung mehr beigemessen. (...)

Minimalisierung des Angebotes

Soziale Dienstleistungen werden zunehmend als knappes Gut beschrieben und diese Knappheit wird als naturgegebene Gesetzmäßigkeit dargestellt. Wer der Unterstützung anderer bedarf, soll mit der gerade notwendigen Hilfe auskommen. Jeder vermeintliche Überbezug an Leistungen wird als soziale Hänge-matte etikettiert. (...)

Bloße Mindestversorgung

Während in der angestrebten Hochleistungsgesellschaft der individuelle und gesellschaftliche Reichtum für wenige stetig steigt, wird es spürbar legitimer, Arme in Armut zu halten. (...) Aktive Hilfe zur Verbesserung der Zukunftschancen sind auf einem Hochleistungsarbeitsmarkt nur durch Verbesserung von Qualifikation und Zugang zu Information zu erreichen. Es bedarf politischer Eingriffe, um zu erreichen, dass die Teilhabe an der gesellschaftlichen Wertschöpfung für alle Gruppen möglich ist. Ausgeschlossen sein heißt nur zu oft auch ausgeschlossen bleiben.

Zunahme von prekären Arbeitsverträgen

Die Erosion von Arbeitsverträgen bekommen gegenwärtig vor allem Wieder- und NeueinsteigerInnen am

Arbeitsmarkt zu spüren. Durch geringe Teilzeit, freie Dienstverträge und Werkverträge wird soziale Unsicherheit bereits beim Berufseinstieg determiniert und eine loose-loose-Situation erzeugt. Geringeres Beitragsaufkommen vermindert die Leistungsfähigkeit des Transfersystems, die im Umlagesystem funktionierenden Sicherungssysteme werden nach Ansicht der InitiatorInnen trockengelegt, um kapitalgebundenen Systemen Platz zu machen. (...)

Innovationsfeindliches Klima im Sozialbereich

Während Forschung, Entwicklung und Innovation in Wirtschaft, Technologie und Produktion mehr denn je gefördert werden, werden die Sozialwissenschaften als Orchideen-Fächer abgewertet. Der Anforderung, eine globale soziale Welt zu gestalten, müsse jedoch mit einem Kraftakt wissenschaftlicher Analyse und interdisziplinärer Forschung entsprochen werden. (...)

Interesse an Vernetzung

Die Anregung für ihr Engagement haben einige Mitglieder des Netzwerks von den Soltauer Impulsen (www.soltauer-impulse.culturebase.org) erhalten. In Erwartung eines breiten Diskurses sind die InitiatorInnen an der Vernetzung mit Einzelpersonen sowie mit anderen Organisationen im gesamten Bundesgebiet sehr interessiert.

Die Linzer Initiative ist daher offen für alle Interessierten, die sich aktiv beteiligen möchten. Treffen finden derzeit ca. ein Mal im Monat statt (Plenum). Dazwischen wird arbeitsteilig und selbstorganisiert in Kleingruppen gearbeitet.

Kontaktadresse: linzer.initiative@gmx.at

homepage: www.linzer-initiative.at

Webtipp

Das österreichische Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz bietet ein neues Info-Service an. In der Rubrik "Sozialstatistik" ist tagesaktuell eine umfangreiche Sammlung sozialpolitisch relevanter Schlüsseldaten für Österreich abrufbar. Die sozialstatistischen Informationen bieten in tabellarischer Form einen Überblick über die sozioökonomischen Rahmenbedingungen der letzten Jahre und ermöglichen einen raschen und gebündelten Zugang zu relevanten Sozialdaten.

www.bmsk.gv.at/cms/site/index.html

Menüpunkt Sozialstatistik

Hilfe für wohnungslose Frauen

Bei einer Ende November abgehaltenen Pressekonzferenz informierten Caritas-Direktor Mathias Mühlberger und Sozialarbeiterin Bettina Börner über das vor einem Jahr gestartete Projekt „FRIDA“, die erste Tageseinrichtung für wohnungslose Frauen in Linz.

Dass Wohnungslosigkeit von Frauen anders ist als bei Männern, ist Caritas-Direktor Mühlberger zufolge ein viel zu wenig wahrgenommenes Problem in unserer Gesellschaft. Der Grund dafür liegt auch darin, dass es kaum sichtbar ist: Die typische Erscheinungsweise von Wohnungslosigkeit bei Frauen ist die verdeckte Wohnungslosigkeit. Gerade Frauen versuchen aus Scham, solange wie möglich ihre Notlage zu verbergen und ohne institutionelle Hilfe auszukommen.

Die Angst, tatsächlich auf der Straße zu landen, ist groß. Einerseits aufgrund der Kinder, welche die Frauen in einem solchen Fall verlieren würden. Dazu kommt, dass die Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe von Männern dominiert und Frauen auf der Straße verstärkt Gewalt ausgeliefert sind. Daher beträgt der Frauenanteil in Tageszentren für wohnungslose Frauen und Männer generell nur rund 16 Prozent.

Verdeckte Wohnungslosigkeit

Viele Frauen versuchen daher, noch irgendwo bei Bekannten oder Freunden unterzukommen oder gehen „Zweckpartnerschaften“ ein. Oftmals schlittern sie dadurch in neue Abhängigkeiten. Vielfach münden solche „Zweckpartnerschaften“ in sexuelle oder psychische Gewalt, Alkohol- und Drogenmissbrauch. Dann ist schließlich die „akute“ Wohnungslosigkeit die Folge – die Frauen werden tatsächlich obdachlos.

In der Arbeit der Caritas ist hinsichtlich der Betroffenheit von Frauenwohnungslosigkeit eine steigende Tendenz erkennbar. So wandten sich im Jahr 2006 242 Frauen an eine der Beratungsstellen für Menschen in Not in Oberösterreich, weil sie von Wohnungslosigkeit bedroht oder bereits unmittelbar davon betroffen waren. 2007 waren es bis September bereits 280 Frauen. Auch in das Caritas-Tageszentrum für Wohnungslose, die „Wärmestube“ in Linz, kommen Frauen, allerdings nehmen manche Frauen dieses Angebot nicht und nur begrenzt wahr, weil sie die Dominanz der Männer scheuen.

Grundsätzlich verfügt die Wohnungslosenhilfe in Oberösterreich über ein gut ausgebautes Netz, jedoch sind beinahe alle Einrichtungen gemischtgeschlechtlich. Die Männer bestimmen das Geschehen, was Frauen oftmals an der Inanspruchnahme der Angebote hindert. Spezifisch für wohnungslose Frauen gab es bislang in Oberösterreich nur Beratungsangebote, aber kein Tageszentrum, das Frauen einen geschützten Raum bietet und wo intensivere Betreuung und eine Aufarbeitung von Problemen stattfinden kann. Frauenhäuser und Häuser für Mutter und Kind stehen nur für ganz bestimmte Zielgruppen von Frauen zur Verfügung und die Wohnplätze in diesen Einrichtungen sind sehr begrenzt.

„FRIDA“ schafft Raum für Frauen

Die Caritas sieht ihre Aufgabe darin, Bedürfnisse und Nöte ganz bewusst wahrzunehmen und nach Möglichkeit darauf Antworten zu geben. Der Start des Projektes FRIDA vor einem Jahr war eine solche Antwort: „FRIDA“, das ist „Frauen – Raum – Initiative – Dasein – Austausch“, die erste Tageseinrichtung für wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Frauen in Linz. Von Mittwoch bis Samstag stehen die Räume der Caritas-Wärmestube zwischen 9.30 bis 12.30 Uhr ausschließlich Frauen offen. „FRIDA“ ist in erster Linie ein Regenerations- und Rückzugsort. Angeboten werden neben einem Frühstück und der Möglichkeit zum Austausch auch Information, Beratung und Weitervermittlung sowie Begleitung in Krisensituationen.

Wie das Projekt langfristig finanziert werden kann, war zum Zeitpunkt des Starts ungewiss, doch Dank einiger Spenden für die Caritas-Hilfe für Wohnungslose konnte der Bestand für die erste Zeit gesichert werden – fürs erste nur in kleinem Rahmen, mit einer angestellten Sozialarbeiterin sowie ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen. Caritas-Direktor Mühlberger bezeichnet FRIDA insofern als „Pionierprojekt“ in Oberösterreich. Er verweist auf eine Evaluierung des Projektes, die festhält, dass das Angebot den Bedürfnissen und spezifischen Problemlagen von wohnungslosen Frauen vollauf entspricht und daher auch sehr gerne in Anspruch genommen wird. FRIDA wird als Schutz-, Rückzugs- und Erholungsraum genützt.

Bettina Börner, Sozialarbeiterin im Projekt „FRIDA“, untermauert dies mit Daten: „Laut Expertenmeinung werden neue Einrichtungen erst nach sechs Monaten angenommen, wir können jedoch darauf verweisen, dass FRIDA ab dem ersten Öffnungstag eine hohe Akzeptanz erreicht hat. Bisher hatten wir Kontakte zu 43 unterschiedlichen Frauen, dies bedeutet, dass in

den 41 Öffnungswochen im ersten Jahr FRIDA jede Woche von einer weiteren, von Wohnungslosigkeit betroffenen Frau besucht wurde. Pro Tag wird FRIDA von bis zu zehn Frauen besucht."

Vor allem folgende Gruppen von Frauen besuchen FRIDA:

- Frauen mit mehrfachen Problemlagen, die in bestehenden Angeboten keinen Zugang finden
- Frauen, die aufgrund ihrer finanziellen Situation akut von Wohnungslosigkeit bedroht sind und in Substandardwohnungen leben
- Frauen, die in Form verdeckter Wohnungslosigkeit vorläufig bei Bekannten untergekommen sind
- Frauen, die auf der Straße leben

Eine typische Besucherin ist beispielsweise Frau K. Sie ist um die 50 Jahre alt und lebt seit einigen Jahren auf der Straße, ab und zu übernachtet sie in Notunterkünften. Sie ist schwer erkrankt, kann aus diesem Grund keiner Arbeit mehr nachgehen und lebt von einer Mindestpension. Aufgrund dieser Erkrankung und ihrer Lebensumstände ist sie auch psychisch sehr belastet. In der Obdachlosigkeit war sie bereits Gewalt und Missbrauch ausgesetzt. Die Wärmestube hat sie früher nur besucht, um sich Essen zu holen. Zu FRIDA kommt sie nun regelmäßig und sie hat angefangen, über ihre Probleme zu sprechen.

Frauengerechte Atmosphäre

Die Besucherinnen finden nicht nur die ruhige Stimmung angenehm, sondern finden hier auch Raum, um über „typische“ Frauenthemen sprechen zu können. Solche Themen sind u.a. Beziehungen, Kinder, aber auch Bereiche wie Arbeit, Wohnung, Geld und Sozialleistungen.

Auch werden Themen angesprochen, die in den Öffnungszeiten der Wärmestube nur sehr wenig Platz finden. So erzählen die Frauen von ihren Erlebnissen in den Parks und berichten über ihre sonstigen Erfahrungen. Viele der Besucherinnen von FRIDA haben eine zeitlang auf der Straße, in Abbruchhäusern oder in der Waggonie geschlafen und waren wie Frau K. männlichen Übergriffen ausgesetzt, viele haben Missbrauchs- und Vergewaltigungserfahrungen. Oft sind diese Gespräche sehr emotionsgeladen. Es kommt oft vor, dass Besucherinnen sagen, dass sie sich nur hier



Das Tageszentrum "FRIDA" dient wohnungslosen Frauen als Rückzugs- und Erholungsraum. Foto: Caritas

verstanden fühlen und das Gefühl haben, diese Themen ansprechen zu können, weil das Personal aus weiblichen Mitarbeiterinnen besteht und keine Männer in unmittelbarer Umgebung sind, die diese Themen abwerten könnten, berichtet Bettina Börner.

Hilfe zur Selbsthilfe

„Wir helfen dabei, dass die Frauen wieder mehr zu sich selbst und zu ihren Stärken finden“, erklärt die Sozialarbeiterin: „Der Austausch untereinander schafft Solidarität und gegenseitige Hilfe. Zum Beispiel haben sich zwei BesucherInnen beim Schreiben von Bewerbungen unterstützt und konnten in der Folge auch bei einer Firma probearbeiten. Das mag als kleine Schritte erscheinen, für die Betroffenen bedeutet es sehr große Fortschritte.“

In Interviews, die im Rahmen der Evaluierung des Projekts gemacht wurden, führen die Frauen an, welche Veränderungen FRIDA für sie und ihr Leben gebracht hat. Von vielen wurde angesprochen, dass das Angebot für sie „Stressabbau“ bedeutet, sowie eine allgemeine Verbesserung in psychischer und physischer Hinsicht konstatiert.

Quelle: Mediendienst der Caritas in Oberösterreich. Spendenkonto der Elisabethsammlung für Menschen in Not in Oberösterreich: RLB 1.245.000, BLZ 34 000 oder: PSK 7.700.004, BLZ 60 000, Kennwort: Elisabethsammlung

Globalisierung und Europäisches Sozialmodell

Was bedeutet im Kontext der Globalisierung das europäische Sozialmodell? Wie wirken sich ihre Erscheinungsformen auf die entstehende europäische Sozialstaatlichkeit aus? Der Band analysiert im ersten Abschnitt die sozialpolitischen Herausforderungen in der EU: Soziale Sicherungssysteme, Zuwanderung, Reformbedarfe der Bildungsinstitutionen, Gestaltungsansätze gegen Armut und Arbeitslosigkeit sowie neue Wege in der Familienpolitik. Über die Sachanalyse hinaus betrachten die Autoren die Rezeption von „Globalisierung“ auf den Politikebenen der EU und die zentralen Akteure der Modernisierungsdebatte. Im zweiten Abschnitt hinterfragen sie die Chancen, durch Standardisierung im sozialen Bereich auf internationaler Ebene gerechtere Konkurrenzbedingungen zu schaffen: Kann dies dem europäischen Gesellschaftsmodell nützen und Modernisierungsprozesse begünstigen?

Das Buch wendet sich an PraktikerInnen und BeobachterInnen europäischer Politikprozesse aus Verwaltungen, Verbänden, Kirchen, Unternehmen, Wissenschaft und Publizistik. Es bietet eine große Bandbreite an Fakten und Ideen, die ein vertieftes Verständnis der sozialpolitischen Agenda unter dem Einfluss der

Globalisierung vermitteln. HerausgeberInnen sind: Christoph Linzbach, Unterabteilungsleiter in der Abteilung Familie, Wohlfahrtspflege und Bürgerschaftliches Engagement im deutschen Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; Uwe Lübking, Beigeordneter des Deutschen Städte- und Gemeindebundes; Stephanie Scholz, Europareferentin beim Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche Deutschlands; Bernd Schulte, Wissenschaftlicher Referent beim Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Sozialrecht.

*Christoph Linzbach/Uwe Lübking/Stephanie Scholz/Bernd Schulte (Hg.):
Globalisierung und Europäisches Sozialmodell
Baden-Baden, Nomos Verlag 2007
466 Seiten, EUR 49,- (D)*

Internationale Perspektiven Sozialer Arbeit

Ronald Lutz, Professor an der Fachhochschule Erfurt (Fachbereich Sozialwesen, Menschen in besonderen Lebenslagen) hat gemeinsam mit Leonie Wagner, Professorin für Pädagogik und Soziale Arbeit an der Fachhochschule Holzminden, ein neues Buch vorgelegt, das erstmalig in Internationale Perspektiven Sozialer Arbeit einführt. Durch das Buch soll zudem eine stärkere und fundierte Auseinandersetzung der Sozialen Arbeit mit Internationalen Perspektiven angeregt und unterstützt werden.

Aus der Vielfalt möglicher Themen wurden Fragen ausgewählt, die im Ensemble internationalen Wandels und dessen Wirkungen auf Soziale Arbeit eine immer größere Rolle spielen. Im Mittelpunkt stehen deshalb Themen wie AIDS/HIV, Menschenrechte, Armut, Migration und Internationale Organisationen. Es wird aber auch das Europäische Sozialrecht ausführlich diskutiert sowie über Perspektiven der Sozialen Arbeit in Europa nachgedacht. In dem Band finden sich weitere Beiträge, die über das theoretische Modell Sozialer Entwicklung nachdenken und nach Alternativen zur herkömmlichen Sozialen Arbeit fragen. Dies geschieht auch unter dem Aspekt einer spezifischen Betrachtung der Sozialarbeit des Südens, die unter dem Stichwort „Indigenisation“ rekonstruiert wird.

*Ronald Lutz, Leonie Wagner:
Internationale Perspektiven Sozialer Arbeit
IKO - Verlag für Interkulturelle Kommunikation
Frankfurt M./London 2007
270 Seiten, EUR 19,90 (D)*

momentum 08
Gerechtigkeit

Den sozialen Fortschritt denken, auf wissenschaftlicher Grundlage konkrete Projekte entwickeln, die auf national-staatlicher Ebene umsetzbar sind und zur Entwicklung einer gerechteren Gesellschaft beitragen. Sie wollen mitdiskutieren? www.momentum08.org

25. bis 28. September 2008
Hallstatt (A) Call for Papers bis 31.03.08
Weitere Infos unter: www.momentum08.org

Ausstellung zur Studie: Die Arbeitslosen von Marienthal

Die Gesellschaft für Kulturpolitik zeigt eine Ausstellung zu einem der interessantesten Kapitel österreichischer Wissenschaftsgeschichte, der Studie „Die Arbeitslosen von Marienthal“. Anlass für die Präsentation der Ausstellung in Linz ist das 75-jährige Jubiläum der Erstveröffentlichung der Marienthal-Studie.

Termin: 24. Jänner – 28. März 2008
Ort: Wissensturm, Kärntnerstraße 26, 4020 Linz

Work in China

„Arbeiten in China“ mit den Aspekten Arbeitsbedingungen, Gewerkschaften und betriebliche Interessenvertretungen, Arbeitsmarkt, soziale und sozialrechtliche Bedingungen, WanderarbeiterInnen, Lohndumping, Standortvorteile etc. stellt den Themenschwerpunkt des von Waltraut Urban vom Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche geleiteten Workshops dar. Der Film „A decent Factory“ soll am Beispiel der Elektronikindustrie Eindrücke über Arbeitsbedingungen anschaulich vermitteln.

Termin: 14. Februar 2008, 9.00 - 17.00 Uhr
Ort: AK-Bildungshaus Jägermayrhof, Römerstrasse 98, 4020 Linz

Europäische Werte – gibt es die?

Welche Werte sind „europäische Werte“? Kann man diese mit dem Christentum inhaltlich identifizieren? Oder geht es um die Errungenschaften der Aufklärung und Moderne, um „Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit“, oder um Demokratie, Grundrechte und Gewaltenteilung? Was ist daran besonders europäisch? Werden diese so genannten Werte nicht oft auch zur Abgrenzung gegenüber anderen, etwa Türklinnen, AfrikanerInnen, verwendet? Über diese Fragen referiert und diskutiert der Politikwissenschaftler Anton Pelinka bei der gesellschaftspolitischen Tagung 2008 des Sozialreferats der Diözese Linz.

Termin: 23. – 24. Februar 2008
Ort: Bildungshaus Schloss Puchberg, 4600 Wels, Puchberg 1
Information/Anmeldung: Sozialreferat der Diözese Linz, Tel. 0732 / 7610-3251
Mail: sozialreferat@dioezese-linz.at. *Seminarbeitrag:* 20 Euro

Aktionswoche ArMut!

An verschiedenen Orten in Österreich findet eine Reihe öffentlicher Aktionen, Veranstaltungen und kultureller Aktivitäten wie Filmvorführungen oder Straßentheater zum Thema Armut statt.

Termin: 25.02.2008 - 02.03.2008
Detailprogramm: www.armutskonferenz.at

Schande Armut. Stigmatisierung und Beschämung – 7. Armutskonferenz 2008

Prozesse der Stigmatisierung und Beschämung Armutsbetroffener stehen im Mittelpunkt der 7. Österreichischen Armutskonferenz. Dabei werden zentrale Lebens- und Erfahrungsbereiche, in denen Armutsbetroffene Stigmatisierungserfahrungen machen, in den Blick genommen. Die entsprechenden Wirkmechanismen und Konsequenzen in unterschiedlichen Bereichen werden analysiert und diskutiert, Gegenstrategien gemeinsam entwickelt: für Arbeitsmarkt, Bildungsbereich, Gesundheitssektor, Justizwesen, den sozialen Dienstleistungssektor, für Wohnbereiche, mediale Diskurse und die Wissenschaft.

Termin: 4. – 5. März 2008; *Betroffenen-Vor!-Konferenz:* 3. März; *Frauen-Vor!-Konferenz:* 3. – 4. März
Ort: Bildungshaus St. Virgil, Ernst-Grein-Straße 14, 5026 Salzburg
Programm/Information: www.armutskonferenz.at; bzgl. *Frauen-Vor!-Konferenz:* www.frauenarmut.at

KONTRASTE

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik

Erscheinungsort Linz, P.b.b. Verlagspostamt Linz.
Wenn unzustellbar, zurück an die Redaktion KONTRASTE:
Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts-
und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz

Herausgeber, Medieninhaber, Verleger:
Sozialwissenschaftliche Vereinigung, mit Unterstützung der Universität
Linz, Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik

Erscheinungsweise:
10 Ausgaben pro Jahr

Redaktionsadresse:
KONTRASTE: Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts-
und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz
Tel.: 0732/2468-7168
Mail: hansjoerg.seckauer@jku.at
Web: <http://www.gespol.jku.at/> Menüpunkt Kontraste
Aboservice, Sekretariat: Irene Auinger, Tel.: 0732/2468-7161
Fax DW 7172 Mail: irene.auinger@jku.at

Redaktionsteam:
Mag. Hansjörg Seckauer, Dr. Christine
Stelzer-Orthofer, Mag. Susanna Rothmayer,
Mag. Bettina Leibetseder, Mag. Angela
Wegscheider

Wir freuen uns über zugesandte Manuskripte,
die Redaktion behält sich jedoch das Recht
auf Kürzung und Entscheidung über die Veröf-
fentlichung vor. Redaktionsschluss ist jeweils
der 20. des Vormonats. Namentlich gekenn-
zeichnete Beiträge können, müssen aber nicht
die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Wissenschaftliche Beratung:
Univ. Prof. Dr. Josef Weidenholzer
Univ. Prof. Dr. Irene Dyk-Ploss
a.Univ. Prof. Dr. Evelyn Schuster

Lektorat; Satz:
Mag. Hansjörg Seckauer

Grafisches Konzept:
Mag. Gerti Plöchl

Kontraste finanzieren sich fast ausschließlich aus Abonnements und
Mitgliedsbeiträgen: Jahresabo EUR 65,40; Halbjahresabo EUR 32,70;
StudentInnen, Arbeitslose und PensionistInnen EUR 36,30;
Gratis Probeabo für drei Monate
Alle Preise inklusive Versand. Einzelheft EUR 5,45 exkl. Versand.
Kündigung bis einen Monat vor Ablauf möglich.

Bankverbindung:
Sparkasse OÖ, BLZ 20320, Kontonr. 7500-002453